

Kommunalwahlprogramm 2026

1.	München 2035 – Unsere Vision vom München von morgen	7
2.	Stadtbild	9
2.1.	Stadtbild - A-Teil.....	9
2.2.	Stadtbild – B-Teil (Module)	10
	Damit München in die Höhe wachsen kann - Entwicklung eines Hochhausrahmenplans	10
	Damit München in die Breite wachsen kann - Mehr Konsens und Kompromissbereitschaft bei Stadtteilentstehungsprojekten wagen	10
	Warum nicht? - Lasst uns die Bahngleise im Münchner Westen einhausen	12
	Stadt attraktiver Quartiere dank Vierteltypus “urbanes Gebiet”	12
	Lebendige Stadtplätze als Zentren der Münchner Quartiere	12
	Mehr Mülleimer für ein sauberes München	12
	Stationen für Hundekotbeutel in ganz München.....	13
	Saubere, öffentliche Toiletten an zentralen Orten	13
2.3.	Stadtbild – Teil C (Einzelmaßnahmen und -forderungen)	13
	PaketPost-Areal realisieren	13
	Schaffung von “kleinen” Viktualienmärkten am Beispiel des Schweizer Platzes in Fürstenried-West.....	14
	Sollner Felder – Bebauplanungsverfahren faktenbasiert und ergebnisoffen zu Ende führen.....	14
3.	Bauen und Wohnen	14
3.1.	Bauen und Wohnen – A-Teil	14
3.2.	Bauen und Wohnen – B-Teil (Module)	15
	Wohnraum für bedürftige Münchnerinnen und Münchner künftig subjektbezogen fördern.....	15
	Münchner Wohnen wieder auf Kurs bringen.....	16
	Vorkaufsrechte der Stadt nicht ausüben	16
	Bebauungspläne in 24 Monaten realisieren	17
	Baugenehmigungsverfahren - digital und in 6 Monaten	17
	Reduzierung von Bauvorschriften.....	17

Baugenehmigungsverfahren im Bestand an einer Stelle bündeln	17
Flexibler Denkmalschutz mit klarem Zeitrahmen	18
Kein Bürgerbegehren nach erfolgter Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten	18
Reduktion der SoBoN auf das Niveau von 2014	19
Klimafreundliche und technologieoffene Finalisierung der kommunalen Wärmeplanung.....	19
3.3. Bauen und Wohnen – C-Teil (Einzelmaßnahmen und -forderungen)	19
Nachverdichtung in der Haldenseesiedlung endlich umsetzen	19
4. Klimaanpassung.....	20
4.1. Klimaanpassung – A-Teil	20
4.2. Klimaanpassung – B-Teil (Module)	21
Pragmatische Unterstützung von Flächenentsiegelungen.....	21
Förderprogramm “Grün in der Stadt” für Stadtbegrünung und Hitzeschutz ausweiten	21
Ausbau der Warnsysteme für Extrem-Wetterlagen	21
Ausbau von Schutzmaßnahmen für Risikogruppen	22
5. Mobilität	22
5.1. Mobilität - A-Teil	22
5.2. Mobilität - B-Teil (Module)	25
5.2.1. Verkehrsplanung	25
Daten-getriebene Verkehrsplanung	25
Sinnvolle Raumaufteilung zur Berücksichtigung aller Mobilitätsformen	25
Förderung von neuen und innovativen Mobilitätskonzepten.....	25
Ringstrukturen stärken.....	26
5.2.2. Motorisierter Individualverkehr	26
Intelligente Verkehrsleitung.....	26
City-Maut als Anti-Stau-Gebühr einführen	26
Parkplatzmangel entschärfen	27
Parkplatzangebot schaffen.....	27
Weitgehende Untertunnelung des Mittleren Rings.....	27
Geschlossener Autobahnring	28
5.2.3. Baustellenmanagement.....	28

Bessere Baustellenkoordination	28
Baustellen zügig umsetzen	28
Ein “Baustellen-Fahrplan” für München	29
Transparenz-Offensive für Baustellen	29
5.2.4. Radverkehr	29
Flächendeckend gut ausgebaute Fahrradinfrastruktur	29
5.2.5. Fußverkehr	30
Mehr Sicherheit für Fußgänger durch die Einführung von Countdown-Ampeln	30
5.2.6. Städtischer Fuhrpark	30
Städtischen Fuhrpark elektrifizieren	30
5.2.7. ÖPNV	30
Offene Daten für smarte Mobilität	30
S-Bahn-Ring mit Mobilitätshubs	31
Automatisierung des ÖPNV	31
Teststrecken für autonome U-Bahnen einrichten	31
Zweiter vollwertiger U-Bahnbetriebshof in Freiamt	32
Tram Englischer Garten	32
Geradlinig zum Ziel: Das Busnetz optimieren	32
GPS-Tracking für alle Busse in Echtzeit	33
5.2.8. Fahrdienste	33
Fairer Wettbewerb für bessere Mobilität	33
5.2.9. Flughafen	33
3. Startbahn am Münchner Flughafen	33
Privatisierung des Flughafens für ein modernes München	34
Fernbahnhof Flughafen München	34
Schnelle Anbindung für den Flughafen	34
5.3. Mobilität – C-Teil (Einzelmaßnahmen)	35
Parkhaus für den Tierpark	35
6. Wirtschaft	35
6.1. Wirtschaft – A-Teil	35
6.2. Wirtschaft – B-Teil (Module)	37
Große Unternehmen durch gezielte Standortpolitik gewinnen	37

Gewerbeflächen bei neuen Bebauungsplänen berücksichtigen	37
Vernetzung der Wirtschaft und Wissenschaft auch städtisch fördern	37
Ausschöpfen der Regelungen im Ladenschlussgesetz.....	37
Innenstadt attraktiv gestalten mit charaktervoller Fußgängerzone.....	38
7. Stadtgesellschaft	38
7.1. Stadtgesellschaft – A-Teil.....	38
7.2. Stadtgesellschaft – B-Teil (Module).....	40
7.2.1. Familienfreundliches München	40
Priorisierung des KiTa-Platz-Ausbaus	40
Flexible KiTa-Zeiten für moderne Familien	41
Gleiche Förderung für alle: Bildungsgutscheine für KiTas.....	41
Fachkräftemangel in KiTas bekämpfen	41
Hortplatzausbau vorantreiben	42
Moderne Geburtskliniken	42
7.2.2. Jugendliches München.....	42
Räume für Kinder und Jugendliche	42
Gamification-App für Jugendliche	42
7.2.3. Sportstadt München	43
Sportstadt München: Von Breitensport bis Olympia	43
7.2.4. Kulturelles München.....	43
Eine Kulturmeile für München.....	43
Kultur, die zukunftsfähig ist	43
Kultur, die zugänglich ist	44
Kultur, die barrierefrei ist.....	45
Kultur, die sozial ist.....	45
Kultur, die vielseitig ist	45
Kultur, die rechnen kann	46
Kultur, die sich rechtfertigen kann.....	46
7.2.5. Buntes München	46
Integration als Chance	46
Personal in städtischen Einrichtungen zu LGBTIQ* schulen.....	47
LGBTIQ*-Beratungsangebote ausbauen.....	47

Queer-feindliche Gewalt bekämpfen	47
Aufklärung zu LGBTIQ* in den Schulen	48
Keine städtischen Räume für Intoleranz	48
Queere Events unterstützen	48
Solidarität in Aktion: Partnerschaft mit Be'er Sheva leben	49
Kein Platz für Antisemitismus: Jüdisches Leben schützen.....	49
Gelebte Toleranz: Religionsfreiheit für alle schützen	49
7.2.6. Sicheres München	50
Freizeit mit Sicherheit	50
Sicherheit und Freiheit	50
7.2.7. Bevölkerungsschutz.....	50
Schutzräume reaktivieren	50
Regelmäßige Übungen und Überprüfung der Aktionspläne	51
7.2.8. München für Senioren	51
Würde im Alter	51
“Digital Buddies”- Programm.....	51
Urban Assistant Guides	52
7.2.9. Freizeit in München.....	52
Ehrenamt stärken, Engagement unbürokratisch fördern	52
Freizeit mit Abwechslung	52
Freizeit mit Nachhaltigkeit.....	53
Freizeit mit Freiheit	53
7.2.10. Soziales München	53
Housing First	53
Konsumräume für Kontaktaufnahme und Hilfe einrichten	54
Ausbauoffensive für Safe Spaces.....	54
8. Verwaltung.....	54
8.1. Verwaltung – A-Teil.....	54
8.2. Verwaltung – B-Teil (Module)	56
8.2.1. Bürgernähe	56
Digitales Bürgeramt: Alle Behördengänge von zu Hause	56
Transparenz mit Hilfe einer digitalen Plattform	56

Mehrsprachige Verwaltung für München	56
8.2.2. Personal	57
Weniger Verbeamtung	57
Verwaltung für Absolventen aller Hochschulen öffnen	57
Aufgabenübertragung auf Beliehene ermöglichen	57
Freiwerdende Stellen rechtzeitig nachbesetzen	58
8.2.3. Organisation	58
KI für eine effiziente Verwaltung	58
Straffung der Organisationsstrukturen	58
Verwaltungsmodernisierung durch New Public Management	59
Smart City – Smarte Infrastruktur in Stadtquartieren	59
8.2.4. Finanzen	59
Finanzielle Bewertung und Priorisierung aller Projekte	59

1. München 2035 – Unsere Vision vom München von morgen

München ist nicht nur eine Stadt. München ist ein Lebensgefühl. Die Verbindung von Tradition und Moderne wollen wir auch in Zukunft mit unserer Vision 2035 bewahren. Die Weichen dazu werden mit der Kommunalwahl 2026 gestellt und durch den künftigen Stadtrat geprägt. Wir geben hiermit einen Ausblick, wie München 2035 aussehen wird, wenn wir von nun an der liberalen Spur folgen.

München - Vision 2035

Was wäre München ohne die Frauenkirche, den Marienplatz oder das Deutsche Museum? Der historische Kern prägt auch 2035 das Bild unserer Stadt und bleibt für zukünftige Generationen erhalten. Gleichzeitig wurde bis 2035 moderner Architektur an geeigneten Orten Raum gegeben. So entstanden auch an den im Hochhausrahmenplan definierten Plätzen Hochhäuser, die dem kontinuierlichen Wachstum der Stadt Rechnung tragen.

Unser Stadtbild gestaltet sich nicht nur durch Gebäude, sondern auch durch die ausgeprägten Parks und Grünflächen der Stadt. Insbesondere der Englische Garten, die Isar und ihre Auen sind dabei als Lebensadern und Naherholungszentren besonders wichtig. Doch auch die vielfältigen anderen Grünflächen bieten viel Platz für individuelle Entfaltung und Freizeitmöglichkeiten aller Art.

München hat sich bis 2035 zu einer Stadt attraktiver Quartiere entwickelt. Sie bieten zum einen ausreichende Möglichkeiten der Nahversorgung als auch für kleinere Erledigungen. Zum anderen ermöglichen es ihre einladend gestalteten Plätze, dass Menschen einander begegnen und miteinander zum Ratschen kommen. Im Biergarten des Viertels kommt weiterhin der Anwalt mit dem Handwerker zum Philosophieren und Politisieren zusammen.

Bei der (Neu-)Gestaltung von Quartieren wird 2035 die notwendige Klimaanpassung der Stadt konsequent mitgedacht. München musste sich auf längere Hitzeperioden und zunehmende Starkwetterereignisse einstellen. Um diesen zu begegnen, wurden effiziente Maßnahmen, wie z.B. der Bau weiterer Wasserrückhaltebecken oder Fassadenbegrünungen, ergriffen und umgesetzt.

Der Zuzug in unsere Stadt war auch bis 2035 und wird darüber hinaus ungebrochen sein und unsere Stadt muss weiterwachsen, damit Alteingesessene und Zuagroaste auch künftig ein Zuhause finden. Die Entschärfung des angespannten Wohnungsmarkts war daher eine Priorität der Stadt. Dafür war es nötig, dass mehr und schneller gebaut werden konnte und Förderungen nur zielgerichtet erfolgten. Somit wurden bis 2035 überbordende Auflagen abgebaut und Verfahren beschleunigt.

München ist bunt und das soll auch so bleiben. Die Münchnerinnen und Münchner sind auch 2035 vielfältig und getreu dem Motto „Leben und leben lassen“ kann sich jeder individuell entfalten. Gerade auch Jugendliche und junge Erwachsene finden Räume, an denen sie sich

treffen, laut sein und wachsen können. Junge Familien werden bestmöglich durch ein breites Angebot der Kinderbetreuung unterstützt, das durch verschiedenste Träger sichergestellt wird. Genauso sind ältere Menschen aktiver Teil des Stadtlebens und finden bei Bedarf ausreichende Unterstützung und Pflegeangebote. Weltoffenheit, Liberalität und die Freude am Miteinander sind weiterhin die Säulen unserer Stadtkultur.

Münchens Tor zur Welt ist der Flughafen. Mit seiner dritten Startbahn, einer ICE-Anbindung und einer Expressverbindung in die Innenstadt trägt er maßgeblich zur Mobilität der Stadt bei. Im Zentrum stehen ein sich ergänzender Mix von Mobilitätsformen zur Verfügung. So kommt jeder schnell, sicher und nervenschonend an sein Ziel: Sei es mit einem weitgehend automatisierten ÖPNV, mit dem Radl auf übersichtlichen Fahrradwegen, zu Fuß ohne Hindernisse, mit innovativen Mobilitätsformen wie einer on-demand Hochbahn oder eben mit dem Auto auf dem weitgehend untertunnelten Mittleren Ring und dem geschlossenen Autobahnring. Für weitere Entlastung auf Münchens Straßen sorgen im Sinne der Smart City digitale Verkehrsleit- und Parkleitsysteme.

Münchens florierende Wirtschaft sorgt für Stabilität und sichere Arbeitsplätze. Dank hervorragender Standorteigenschaften bleibt München ein attraktiver Sitz für nationale und internationale Großunternehmen, mittelständische Unternehmen und Kleinbetriebe. Münchens Universitäten bieten den Nährboden für die Technologie der Zukunft und schaffen aus Ideen innovative Unternehmen, woraus sich eine spannende Start-up-Szene entwickelt hat. Der Verdrängung kleinerer und mittlerer Betriebe, besonders aus dem Handwerk und dem Einzelhandel, wurde unter anderem durch das Schaffen ausreichender Gewerbeflächen Einhalt geboten. Somit hat die Münchner Mischung weiterhin Bestand.

In ihrer Freizeit nutzen die Münchnerinnen und Münchner mit Freuden das breite gastronomische Angebot der Stadt – vom Biergarten, über die Boazn am Eck, bis hin zur gehobenen Küche. Ein gutes Essen ist oftmals der Auftakt für einen gelungenen Abend in unserer Stadt. Eine moderne Kulturförderung, die auch Räume für Subkultur schafft und erhält, sorgt für ein vielfältiges kulturelles Angebot. Kunst, Musik und Theater können als Kleinkunst, Hochkultur oder Großveranstaltung genossen werden. Eine nachhaltige Lösung für Konzerthaus und den Gasteig erhält und entwickelt Münchens Ruf als internationale Kulturstadt. Egal, wie, wann und wo sich die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt abends draußen fortbewegen, sie sind sicher und fühlen sich wohl.

Menschen aus aller Welt kommen zum Oktoberfest, zu großen Sport- und Kulturereignissen und feiern diese mit den Bürgern der Stadt. Touristen genießen den Aufenthalt in der Stadt mit ihren Sehenswürdigkeiten, Museen, Parks und Biergärten. Menschen aus allen Ländern arbeiten in den Unternehmen der Stadt und sind integriert.

München ist eine Sportstadt. Der Profisport ist über den Ligabetrieb und unsere erfolgreichen heimischen Mannschaften immer präsent. Ebenso bietet München mit seinen modernen Sportstätten internationalen Wettbewerben sämtlicher Sportarten einen attraktiven Austragungsort. Die Münchnerinnen und Münchner schauen nicht nur gerne Sport, sie sporteln auch gerne selbst. Dafür werden die offenen Sportanlagen und Schwimmbäder der Stadt gerne genutzt. Die vielfältigen Trainingsangebote der Vereine stärken dabei den

Münchner Sportsgeist. Nicht nur im Sport, sondern auch in vielen weiteren Vereinen für Kultur und Gesellschaft engagieren sich die Münchnerinnen und Münchner ehrenamtlich. Sie tragen damit maßgeblich zum Funktionieren der Stadt bei.

Die serviceorientierte Stadtverwaltung unterstützt die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Vereine bestmöglich. Die digitale Bereitstellung von Dienstleistungen und Informationen ist dazu eine Selbstverständlichkeit. Die Münchener Stadtverwaltung ist dabei effizient und schlank und kann dadurch den Bürgerinnen und Bürgern, die Unterstützung brauchen, am besten helfen.

Und so bleibt München weiterhin eine Weltstadt mit Herz.

Im Folgenden finden Sie unsere Ideen und Forderungen, was wir heute machen müssen, um München im Jahr 2035 wie beschrieben vorzufinden.

2. Stadtbild

2.1. Stadtbild - A-Teil

Frauenkirche und Olympiastadion, Marienplatz und Pinakothek der Moderne, Müller'sches Volksbad und Werksviertel. München verbindet seit jeher Tradition mit Moderne. So soll auch in Zukunft der historische Kern das Bild unserer Stadt prägen und für zukünftige Generationen erhalten werden. Gleichzeitig soll moderner Architektur an geeigneten Orten künftig mehr Raum gegeben werden. Dazu gehören ausdrücklich auch Hochhäuser (höher als 100 Meter) im Einklang mit der Münchner Hochhausstudie.

Unser Stadtbild soll sich auch 2035 nicht nur durch Gebäude, sondern auch durch die ausgeprägten Parks und Grünflächen der Stadt auszeichnen. Insbesondere der Englische Garten, die Isar und ihre Auen sind dabei Lebensadern und müssen den Bewohnern der Stadt als **Naherholungszentren** erhalten bleiben. Um sie noch attraktiver und sauberer zu machen, wollen wir dort u.a. mehr **öffentliche Toiletten**, **Trinkwasserspender** und **Mülleimer** bereitstellen. Doch auch vielfältige andere, teilweise neue Grünflächen sollen viel Platz für individuelle Entfaltung und Freizeitmöglichkeiten aller Art bieten.

Als lebenswerteste Stadt Deutschlands und wichtiger Wirtschaftsstandort für die Ansiedlung international agierender Unternehmen wächst unsere Stadt stetig weiter. Für mehr Wohnraum und wenig zusätzlichen Flächenverbrauch muss München in die Höhe wachsen. Dazu müssen bestehende Gebäude aufgestockt und Dächer ausgebaut werden. Zugleich muss aus der Hochhausstudie von 2023 ein **Hochhausrahmenplan** entstehen, in dem die Stadtgesellschaft festlegt, wo sie Hochhäuser möchte.

Wo München in die Breite wächst, müssen **neue Stadtviertel** entstehen. Hierzu hat die Zusammenarbeit mit den heutigen Grundstückseigentümern auf kooperative Weise zu erfolgen. Stadtentwicklung und Mobilitätsentwicklung müssen dabei gemeinsam gedacht und geplant werden.

München darf auch mal etwas Neues wagen. Daher entwickelt es ein Konzept, wie man den **Raum über den Bahngleisen im Münchner Westen** nutzbar machen kann, z.B. in Form von Parks oder Biergärten auf dem Dach einer Einhausung.

München soll sich weiter zu einer Stadt attraktiver Quartiere entwickeln. Sie können zum einen ausreichende Möglichkeiten der Nahversorgung als auch für kleinere Erledigungen bieten. Zum anderen ermöglichen es **einladend gestaltete Plätze**, dass Menschen einander begegnen und miteinander zum Ratschen kommen. Dazu sollen alte Ortskerne wiederbelebt oder neue Viertel mit zentralen, einladend gestalteten Plätzen angelegt werden. So können die Münchnerinnen und Münchner mit ihrer Nachbarschaft in Kontakt kommen und sich soziale Treffpunkte bilden. Bei der Planung neuer Viertel soll daher der Vierteltypus **“urbanes Gebiet”**, in dem Wohnraum und Gewerbeflächen in Einklang sind, verstärkt genutzt werden. Im Biergarten des Viertels soll auch in Zukunft der Anwalt mit dem Handwerker zum Philosophieren und Politisieren zusammenkommen.

2.2. Stadtbild – B-Teil (Module)

Damit München in die Höhe wachsen kann - Entwicklung eines Hochhausrahmenplans

Wir fordern, dass aus der Hochhausstudie von 2023 in der nächsten Legislaturperiode ein Hochhausrahmenplan für München entwickelt wird. Im Hochhausrahmenplan wird definiert, wo und in welcher Form und Höhe es künftig in der Stadt Hochhäuser geben wird. Ebenso werden ästhetische und nachhaltige Ansprüche an neue Hochhäuser im Plan berücksichtigt.

Als lebenswerteste Stadt Deutschlands und wichtiger Wirtschaftsstandort für die Ansiedlung international agierender Unternehmen wächst unsere Stadt stetig weiter. Für mehr Wohnraum und wenig zusätzlichen Flächenverbrauch muss München in die Höhe wachsen. Dazu müssen bestehende Gebäude aufgestockt und Dächer ausgebaut werden. Mehrfamilienhäuser müssen direkt mit mehr als den in München üblichen sechs Stockwerken gebaut und an geeigneten Orten Hochhäuser entstehen können. Der Hochhausrahmen setzt Planern und Investoren den nötigen Rahmen für die Planung ihrer Bauprojekte.

Damit München in die Breite wachsen kann - Mehr Konsens und Kompromissbereitschaft bei Stadtteilentstehungsprojekten wagen

Wo München in die Breite wächst, müssen neue Stadtviertel entstehen. Dazu benötigt die Stadt entsprechende Flächen und ist gezwungen mit den heutigen Grundstückseigentümern gütliche Einigungen zu finden. Bei den städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen (SEM) im Münchner Norden und Nordosten wurden seitens der Stadtverwaltung eklatante Fehler im Umgang mit den Besitzern begangen. Scheinbar unversöhnlich stehen sich Stadt und die Eigentümer, welche die Enteignung ihrer Grundstücke fürchten, gegenüber. Wir fordern für die beiden benannten und alle künftigen Stadtteilentstehungsprojekte die Anwendung eines

konkreten, kooperativen Modells vor, das die Grundstückseigentümer einbindet, statt sie gegen das jeweilige Projekt aufzubringen:

- Zur Entwicklung der Baugebiete gründen die Grundstückseigentümer und die Landeshauptstadt München eine gemeinsame Entwicklungsgesellschaft.
- Die Eigentümer bringen ihre Grundstücke in die Entwicklungsgesellschaft ein. Die Grundstücke werden hierfür zum aktuellen Wert angesetzt, also als landwirtschaftliche Grundstücke. Die Beteiligungsquoten richten sich nach den Werten der Grundstücke.
- Die Landeshauptstadt München übernimmt eine Minderheitsbeteiligung von bspw. 10% und verpflichtet sich durch städtebaulichen Vertrag (§ 11 BauGB), die Bauleitplanung für das jeweilige Baugebiet voranzutreiben.
- Die Entwicklungsgesellschaft übernimmt alle Kosten der Bauleitplanung und der Erschließung des Baugebiets mit Straßen und Versorgungsleitungen (Wasser, Abwasser, Strom, Internet etc.).
- Diese Kosten kann die Entwicklungsgesellschaft finanzieren und als Sicherheit die Grundstücke belasten. Deren Wert steigt durch die Bauleitplanung, sodass die gesamten Erschließungskosten finanziert werden können. Auch die in geringem Umfang anfallende Grunderwerbsteuer sollte zu finanzieren sein.
- Um die Planung zu einem städtebaulichen und wirtschaftlichen Erfolg zu führen, gehen wir davon aus, dass die aktuell gültige SoBoN 2021 nicht angewendet werden sollte.
- Nach Abschluss der Bauleitplanung und Erschließung verkauft die Entwicklungsgesellschaft die verbleibenden Baugrundstücke an Dritte, die sich zur baldigen Bebauung verpflichten. Die Straßen werden an die Landeshauptstadt übertragen.
- Der nach Begleichung der Schulden aus der Vorfinanzierung der Erschließungskosten verbleibende Erlös wird an die Gesellschafter ausgeschüttet, sodass die Landeshauptstadt einen Teil des Gewinns erhält und der Rest auf die Grundstückseigentümer im Verhältnis der eingebrachten Grundstücke verteilt wird.

Die Entwicklung ganzer Baugebiete ist auch in Großstädten eine Gemeinschaftsaufgabe, bei der alle an einem Strang ziehen sollten und Frontenbildung vermieden werden sollte. Die Freien Demokraten haben Verständnis für die Ängste der Grundstückseigentümer. Die Entwicklung und Erschließung eines neuen Baugebiets verursacht aber für die Stadt erhebliche Kosten, während die Grundstücke dadurch erheblich an Wert gewinnen. Die Freien Demokraten München erwarten sowohl von der Stadt mehr Respekt vor dem Eigentum der Bürger, von letzteren aber auch mehr Bereitschaft, die aus dem Eigentum erwachsende Verantwortung wahrzunehmen und sich konstruktiv in die Entwicklungsprojekte einzubringen. Wir sehen die Entwicklung daher auch als unternehmerisches Projekt, bei dem alle Beteiligten eingebunden werden sollten und von dem alle, die etwas beisteuern, auch profitieren sollten. Daher setzen wir auf den vorgeschlagenen kooperativen Ansatz.

Warum nicht? - Lasst uns die Bahngleise im Münchner Westen einhausen

München darf auch mal etwas Neues wagen. Die Freien Demokraten fordern daher die Entwicklung eines Konzepts, wie man den Raum über den Bahngleisen im Münchner Westen nutzbar machen kann, z.B. in Form von Parks oder Biergärten, auf dem Dach einer Einhausung.

Eine gute Bahnanbindung für den Personen- als auch den Güterverkehr ist für das Funktionieren der Stadt unerlässlich. Doch gerade im Münchner Westen nehmen die Bahngleise viel Fläche in Anspruch. Fläche, die auch für Freizeit und Naherholung genutzt werden könnte, wenn man sie, sofern möglich, mit einer Einhausung überbaut. Wir machen uns daher für die Prüfung dieser Möglichkeit stark.

Stadt attraktiver Quartiere dank Vierteltypus “urbanes Gebiet”

München soll sich weiter zu einer Stadt attraktiver Quartiere entwickeln. Damit dies gelingt fordern wir, dass bei der Planung neuer Viertel der Vierteltypus “urbanes Gebiet” (§6a BauNVO), in dem Wohnraum und Gewerbeflächen in Einklang sind, verstärkt genutzt wird.

Quartiere fördern das Prinzip der Stadt der kurzen Wege. Denn Quartiere bieten neben Wohnraum auch ausreichende Möglichkeiten der Nahversorgung und für kleinere Erledigungen. Der Vierteltypus “urbanes Gebiet” (§6a BauNVO) trägt diesem Gedanken der Nutzungsmischung Rechnung und ermöglicht die Realisierung des Quartiersgedanken.

Lebendige Stadtplätze als Zentren der Münchner Quartiere

Die Freien Demokraten setzen sich für ein München ein, das mehr ist als nur Wohnraum – wir wollen Quartiere schaffen, an denen Gemeinschaft wächst und Nachbarschaft lebendig wird. Deshalb fordern wir, dass bestehende Ortskerne neu belebt, vernachlässigte Plätze aufgewertet und neue Viertel von Anfang an mit einladend gestalteten Plätzen geplant werden. Ein gelungenes Beispiel für dieses Potenzial ist der Schweizer Platz in Fürstenried-West: Heute noch ein grauer, versiegelter Ort, könnte er zu einem echten Herzstück des Viertels werden.

Attraktive Plätze sind weit mehr als nur Durchgangsflächen. Sie sind Treffpunkte, wo Nachbarinnen und Nachbarn ins Gespräch kommen, sich Einheimische und Zuagroaste austauschen und kennenlernen, Familien verweilen, Kinder spielen und Seniorinnen und Senioren Teil des städtischen Lebens bleiben. Solche Orte stärken das Gefühl von Heimat im Quartier und erhöhen die Lebensqualität für alle Generationen.

Mehr Mülleimer für ein sauberes München

Das Münchner Stadtbild zeichnet sich nicht nur durch Gebäude, sondern auch durch unsere ausgeprägten Parks und Grünflächen aus. Jedoch trüben immer wieder überfüllte Mülleimer und in Folge lose herumfliegender Müll den Freizeitgenuss in unseren Grünanlagen und auf

vielen belebten Plätzen in der Stadt. Die FDP München setzt sich daher für die Anbringung weiterer bzw. größerer Mülleimer an besonders betroffenen Orten und ihre bedarfsgerechte Entleerung ein. Ebenso sollen, wo immer möglich, neue Abfallbehälter separate Vorrichtungen für die Entsorgung von Pfandflaschen haben.

Sauberkeit ist ein entscheidender Faktor für die Attraktivität von Freizeiträumen. Das Problem überfüllter Mülleimer zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich bereit sind, ihren Müll ordnungsgemäß zu entsorgen, aber die städtische Infrastruktur nicht ausreichend auf die tatsächliche Nutzung abgestimmt ist. Durch intelligente Mülleimer mit Füllstandsanzeigen kann langfristig die Leerung bedarfsgerecht erfolgen und sowohl die Sauberkeit als auch die Effizienz der Müllentsorgung und Parkreinigung verbessert werden.

Stationen für Hundekotbeutel in ganz München

Hundekotbeutel-Spender sind in München nach wie vor eine Seltenheit. Wir möchten, dass diese flächendeckend an geeigneten Orten, zum Beispiel in Parks und an zentralen Plätzen, aufgestellt werden. Somit wird Hundehaltern die Möglichkeit gegeben, Hundehaufen zu beseitigen, auch wenn sie ihre Hundekotbeutel mal vergessen haben.

Saubere, öffentliche Toiletten an zentralen Orten

Alle Münchnerinnen und Münchner sollen sich in der Stadt unbeschwert bewegen und Freizeitflächen uneingeschränkt genießen können. Wir fordern daher U-Bahnhöfe sowie stark frequentierte Orte in München bedarfsgerecht mit öffentlich zugänglichen, sauberen und regelmäßig gewarteten Toilettenanlagen auszustatten.

Der Mangel an öffentlichen Toiletten beeinträchtigt Lebensqualität, Stadtsauberkeit und Teilhabe – insbesondere für ältere Menschen, Familien oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Andere Metropolen zeigen, dass gut geplante Toilettennetze funktionieren. Ein flächendeckendes Toilettenkonzept erhöht Aufenthaltsqualität und Barrierefreiheit in der Stadt. Regelmäßige Reinigung, barrierefreier Zugang und einheitliche Standards sorgen für Akzeptanz und Nutzung – ein Beitrag zu einer inklusiven, lebenswerten Stadtgesellschaft.

2.3. Stadtbild – Teil C (Einzelmaßnahmen und -forderungen)

PaketPost-Areal realisieren

Wir unterstützen uneingeschränkt die Realisierung des neuen Wohn- und Geschäftsviertels an der Friedenheimer Brücke. Bei diesem mutigen Vorhaben wird die Paketposthalle saniert und zum öffentlichen Stadtplatz umgestaltet. Zudem planen die Investoren die Errichtung von zwei das Stadtbild prägenden Hochhaus-Zwillingstürmen. Wir sprechen uns eindeutig gegen jede Form der Verhinderungspolitik durch etwaige Bürgerbegehren aus.

Schaffung von “kleinen” Viktualienmärkten am Beispiel des Schweizer Platzes in Fürstenried-West

Der Schweizer Platz ist heute vor allem an zwei Tagen ein beliebter Platz: dann, wenn der Wochenmarkt Menschen aller Generationen zusammenbringt. An den übrigen Tagen jedoch bleibt er ein grauer, versiegelter Raum ohne Aufenthaltsqualität – kaum Sitzgelegenheiten, wenig Grün, nur ein einziges Café und wenig Vielfalt.

Wir setzen uns dafür ein, den Schweizer Platz dauerhaft zu beleben und zu einem „kleinen Viktualienmarkt“ weiterzuentwickeln: mit einer überschaubaren Anzahl an festen Marktständen, die Gastronomie und Nahversorgung attraktiv kombinieren. So entsteht ein Ort mit mehr Grün, mehr Leben und mehr Verweilqualität – ein echter Treffpunkt für das Quartier.

Gerade durch die Nachverdichtung in Maxhof und Fürstenried West ist eine verbesserte Nahversorgung dringend notwendig. Gleichzeitig schaffen die Stände neue Möglichkeiten der Begegnung, während ihre Mieteinnahmen langfristig eine solide Finanzierung sichern. Mit den erfahrenen Markthallen München als Betreiber – die bereits den Viktualienmarkt, den Elisabeth- und Wiener Platz sowie zahlreiche Wochenmärkte erfolgreich betreuen – kann hier ein nachhaltiges Modell für die Stadt entstehen. Der Wochenmarkt bleibt selbstverständlich erhalten und wird durch das neue Angebot ideal ergänzt. So kann der Schweizer Platz als Blaupause und Vorbild für die positive Transformation ähnlich vernachlässigter Plätze in München dienen.

Sollner Felder – Bebauplanungsverfahren faktenbasiert und ergebnisoffen zu Ende führen

München braucht mehr Wohnraum. Die Erschließung neuer Baugebiete muss für den gesamten Stadtrandbereich ausgewogen und gleich evaluiert werden. Die FDP München fordert daher das Planungsverfahren (Bebauungsplanverfahren A Nr. 1433 im Rahmen des Stadtentwicklungsplan STEP 2040) für die Sollner Felder (Flächen im Bereich des Renolit-Werkes in München-Solln) objektiv, faktenbasiert und ergebnisoffen zu Ende zu führen.

3. Bauen und Wohnen

3.1. Bauen und Wohnen – A-Teil

München erfreut sich weiterhin größter Beliebtheit und der Zuzug in unsere Stadt ist ungebrochen. So muss die Stadt weiterwachsen, damit Alteingesessene und Zuagroaste ein Zuhause finden können. Die bisherige objektbezogene Wohnungsförderung, also die **Förderung von Wohnraum** statt von Bewohnern (**Subjektförderung**), war wenig zielgerichtet und führte zu Fehlbelegungen. Daher wollen wir das Fördersystem vom Kopf

auf die Füße stellen. Außerdem muss die Schaffung von Wohnraum höchste Priorität für die Stadtverwaltung haben. Dafür ist es nötig, dass mehr und schneller gebaut werden kann.

Um den Bau von Wohnungen zu beschleunigen, darf die Aufstellung von **Bebauungsplänen künftig nicht länger als zwei Jahre** dauern. Ebenso ist die Zeit für die Erteilung von **Baugenehmigungen auf sechs Monate** zu reduzieren. Ferner ist der Bauantragsprozess zu digitalisieren und zu vereinfachen.

In einer Großstadt wie München gibt es alle Einkommensschichten. Der Anspruch der Stadt muss es sein, dass auch der Krankenpfleger, die Handwerkerin oder der Müllwerker eine Wohnung finden. Dazu müssen in München mehr Wohnungen gebaut werden. Infolgedessen ist der Wohnungsbau für private Bauträger zu erleichtern und zu vergünstigen. Die Regularien der **SoBoN** (Sozialgerechte Bodennutzung) sind wieder **auf das Niveau von 2014** zu setzen und so private Investoren zum Wohnungsbau stärker zu motivieren. Nachverdichtung und Gebäudeaufstockung sind als Ansätze zu präferieren. Ebenso ist die Umwidmung nicht mehr benötigter Büro- und Gewerbeflächen in Wohnraum zu vereinfachen. Den Denkmalschutz wollen wir flexibler gestalten.

Die Stadt soll sich künftig auf wenige, gezielte Eingriffe in den Wohnungsmarkt konzentrieren. Sie soll weiterhin über die Münchner Wohnen Sozialwohnungen zur Verfügung stellen und an dieser Stelle massiv in den Wohnungsbau investieren. Insbesondere soll München Investitionen in den Neubau zusätzlicher Wohnungen den Vorrang geben vor dem Aufkauf von Bestandswohnungen oder dem kostspieligen Mietenstopp der Münchner Wohnen. Bei Neubauten und Nachverdichtungen auf Grundstücken der Stadt oder städtischer Gesellschaften soll als planerisches Ziel die Ausschöpfung des möglichen Baurechts verfolgt werden und damit zusätzlichen Wohnraum schaffen. Auf Mietpreisdeckel ist aufgrund ihres fehlenden Nutzens zu verzichten. Solange es den Mietspiegel gibt, ist er realistisch und ohne die Einrechnung vergünstigter Mieten durch die öffentliche Hand zu ermitteln.

Neubauten werden entsprechend der finalisierten kommunalen Wärmeplanung klimafreundlich und technologieoffen mit Wärme versorgt. So tragen sie zur Wärmewende Münchens bei. Wir wollen zudem erreichen, dass die Stadtwerke ihr **Fernwärmenetz ab 2040 vollständig CO2-neutral** betreiben.

3.2. Bauen und Wohnen – B-Teil (Module)

Wohnraum für bedürftige Münchnerinnen und Münchner künftig subjektbezogen fördern

München erfreut sich weiterhin größter Beliebtheit und der Zuzug in unsere Stadt ist ungebrochen. Das macht es für bedürftige Münchnerinnen und Münchner nicht leichter eine Wohnung in der Stadt zu finden und zu bezahlen. Das Fördersystem der Stadt war in der Vergangenheit ineffizient. Wir fordern daher erneut, dass die Stadt ihren Ansatz in diesem Bereich ändert und Bedürftige künftig gezielt über das Wohngeld unterstützt (Subjektförderung).

Jede Münchnerin und jeder Münchner soll eine geeignete Wohnung in der Stadt finden können. Um bedürftige Menschen hierbei zu unterstützen, hat sich die Stadt bislang vorrangig auf den Bau von Sozialwohnungen konzentriert (Objektförderung). Dieses Vorgehen hat sich aufgrund hoher Kosten und einer hohen Fehlbelegungsquote als ineffizient erwiesen. Daher wollen wir das Fördersystem vom Kopf auf die Füße stellen.

Münchner Wohnen wieder auf Kurs bringen

2024 ist aus den städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und Gewofag die Münchner Wohnen hervorgegangen. Bislang ist es der Münchner Wohnen nicht gelungen ihr Potenzial für den Münchner Wohnungsmarkt richtig zu nutzen. Wir fordern daher die Münchner Wohnen wieder auf Kurs zu bringen:

- **Mietenstopp beenden:** Seit 2019 gilt für die 70.000 Wohnungen der Münchner Wohnen ein Mietenstopp. Er muss umgehend aufgehoben werden, um die Finanzsituation der Münchner Wohnen zu verbessern, Wohnungsbau und nötige Sanierungen zu ermöglichen. Als Zielwert für die Mieten ist mittelfristig der Mietspiegel anzustreben. Die Unterstützung von Mieterinnen und Mietern mit geringen Einkommen, erfolgt besser und zielgenauer über das Wohngeld (siehe auch Forderung “Wohnraum für bedürftige Münchnerinnen und Münchner künftig subjektbezogen fördern”).
- **Baupotentiale voll ausschöpfen:** Die Planungen der Münchner Wohnen sind häufig weniger baulich dicht als vergleichbare Planungen freier Bauträger. Das verschenkt Möglichkeiten zusätzlichen Wohnraum zu schaffen und die Wohnungsnot zu lindern. Ziel der Münchner Wohnen sollte es sein, ein Maximum an Geschossfläche auf ihren Grundstücken zu realisieren.
- **Ein politisch unabhängiges, branchenerfahrenes und starkes Management einsetzen:** Der ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden Verena Dietl ist es trotz redlicher persönlicher Bemühungen nicht gelungen die Gesellschaft mit einer starken Führungsmannschaft zu versehen. OB Dieter Reiter hat den Aufsichtsratsvorsitz 2025 übernommen und muss nun dringend die Vakanten in der Geschäftsführung besetzen. Der Aufsichtsratsvorsitz dieser wichtigen Institution für München sollte aufgrund seiner Vernetzung zur Bundes- und Landespolitik künftig stets beim OB liegen.

Vorkaufsrechte der Stadt nicht ausüben

Die FDP fordert, von der Ausübung von Vorkaufsrechten der Stadt abzusehen.

Die Stadt München hat in den vergangenen Jahren mehrfach Immobilien aufgekauft, um Mietsteigerungen für die Mieterinnen und Mieter zu verhindern. Das ist kostspielig und trägt nicht zur Lösung des Problems von knappem Wohnraum bei. Dieses Geld fehlt, um zusätzlichen Wohnungsbau zu betreiben. Insbesondere in Zeiten knapper Mittel muss die Stadt priorisieren, wofür sie Mittel ausgibt.

Bebauungspläne in 24 Monaten realisieren

Für mehr Angebot am Wohnungsmarkt, muss in München schneller gebaut werden. Mit Bebauungsplänen liegt die Stadt die Grundlagen für den Wohnungsbau und bestimmt wo wie gebaut werden darf. Wir fordern daher, dass alle Bebauungsplanverfahren künftig spätestens innerhalb von höchstens 24 Monaten abgeschlossen sein müssen, um Planungssicherheit und zügigen Wohnungsbau zu garantieren.

Aktuell dauern Bebauungspläne in München oft fünf bis acht Jahre. Diese langen Verfahren verschlimmern den Wohnungsmangel und steigern das Risiko für Maßnahmenträger und führen oftmals dazu, dass durch die sich ändernden Marktumstände die Umsetzung nicht mehr möglich ist (Zinsänderungsrisiko, Marktumfeld dreht sich, politische Mehrheiten ändern sich etc.).

Ein verbindliches Zwei-Jahres-Ziel zwingt Verwaltung, Stadtrat und Fachbehörden zu effizienter Abstimmung insbesondere intern und abteilungsübergreifend. So entsteht Wohnraum dann, wenn er gebraucht wird und erhöht die Umsetzungssicherheit für Maßnahmenträger.

Baugenehmigungsverfahren - digital und in 6 Monaten

München würde gerne schneller bauen - private Bauherren wie gewerbliche Investoren. Der erste zeitliche Engpass ist jedoch ein langes, zähes und papierbasiertes Baugenehmigungsverfahren. Die FDP München setzt sich daher dafür ein, Baugenehmigungsverfahren zu digitalisieren und auf 6 Monate zu beschränken.

Heute vergehen oft 12 Monate und mehr von Antrag bis Erlaubnis einer Baugenehmigung. Das ist ein Hemmschuh für Investoren und Verursacher zusätzlicher Kosten durch Inflation sowie sich der Zeitraum für die Grundstücksfinanzierung verlängert. Ein verpflichtendes Sechs-Monats-Raster in Kombination mit einer vollständig digitalen Akte sorgt für transparente Abläufe, Zeitersparnis und Planungssicherheit für alle Beteiligten.

Reduzierung von Bauvorschriften

Ein Kernziel der Verwaltung in den kommenden sechs Jahren muss es sein, kommunale Bauordnungen und -vorschriften so weit wie möglich zu reduzieren und mit den Ordnungen höherer Verwaltungsebenen (Bezirk Oberbayern, Land Bayern, Bundesrepublik Deutschland) in Einklang zu bringen. Auch auf eine erhöhte Verständlichkeit ist zu achten.

Überzogene Bauvorschriften sind ein Hemmschuh für das zügige Bauen neuen Wohnraums. Je mehr Vorschriften es gibt, desto länger dauert das Baugenehmigungsverfahren. Ein konkreter Bürokratieabbau kann so maßgeblich zur Lösung der Wohnungskrise beitragen.

Baugenehmigungsverfahren im Bestand an einer Stelle bündeln

Wir fordern, dass für Baugenehmigungsverfahren, welche Nachverdichtungen, Gebäudeaufstockungen, Überbauungen oder die Umwidmung von Büro-/ Gewerbeflächen in

Wohnraum sind, das Baurecht vereinfacht wird und sich Bauherren künftig nur noch an eine Stelle wenden müssen.

München hat großes Flächenpotenzial in Bestandsquartieren und nicht voll ausgenutzten Gewerbegebieten. Die aktuelle Rechtslage behindert bzw. verhindert die Hebung dieser Potenziale. Der Erhalt einer Baugenehmigung innerhalb von 6 Monaten ist hierbei aktuell nicht realistisch.

Für Bauprojekte im Bestand sind Bauherren für den Erhalt einer Baugenehmigung aktuell zu einer Rallye durch verschiedene Ämter und Referate gezwungen. Die verschiedenen Stellen sind dabei untereinander nicht vernetzt und abgestimmt. Dieser Ablauf ist ineffizient und behindert die Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum.

Flexibler Denkmalschutz mit klarem Zeitrahmen

Die FDP München fordert, dass München ein beschleunigtes Denkmalschutzverfahren einführt, das innerhalb von sechs Monaten abschließend entscheidet und flexiblere Erhaltungsaufgaben basierend auf Erhaltungswert und Nutzungsvorhaben ermöglicht.

Aktuell dauern denkmalrechtliche Entscheidungen oft über ein Jahr und sind mit starren Auflagen verbunden. Das verzögert Sanierungen und Umbauten, erhöht Kosten und schreckt Investoren ab. Ein klarer Zeitrahmen schafft Planungssicherheit.

Flexiblere Auflagen – etwa Varianten bei Erhaltungsmaßnahmen oder abgestufte Anforderungen nach Bausubstanz – ermöglichen den Erhalt historischer Bausubstanz und gleichzeitig die Schaffung modernen Wohnraums. Damit werden Denkmalschutz und Stadtentwicklung sinnvoll miteinander verzahnt.

Kein Bürgerbegehren nach erfolgter Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten

Bürgerbeteiligungen fördern die Akzeptanz von großen stadtbildprägenden Bauvorhaben und stellen sicher, dass Bedürfnisse von Anwohnern berücksichtigt werden. Sie bremsen aber auch die Geschwindigkeit von Bauprojekten. Kommt es nach der Bürgerbeteiligungsphase noch zum Bürgerbegehren können Projekte komplett zum Erliegen kommen. Wir fordern daher, dass Bürgerbeteiligungsphasen nur einmal und nicht mehrfach durchgeführt werden müssen. Zudem sollten Bürgerbegehren nach einer erfolgten Bürgerbeteiligungsphase nicht mehr zulässig sein.

Münchens Wohnraummangel begründet sich unter anderem damit, dass zu langsam gebaut wird. Die bei großen Bauprojekten nötige Phase der Bürgerbeteiligung bremst bereits die Planungsphase ungemein und treiben die Kosten für Investoren in die Höhe. Schließt sich nach der aufwendigen Bürgerbeteiligungsphase noch ein Bürgerbegehren an, erhöht sich das Risiko der Unwirtschaftlichkeit des Projekts für Investoren um ein Vielfaches. Dies reduziert die Attraktivität des Baustandorts München.

Reduktion der SoBoN auf das Niveau von 2014

In München müssen mehr Wohnungen gebaut werden. Infolgedessen ist der Wohnungsbau für private Bauträger zu erleichtern und zu vergünstigen. Die FDP München macht sich dafür stark, dass die Stadt München die Regularien der SoBoN (Sozialgerechte Bodennutzung) wieder auf das Niveau von 2014 senkt.

Die seit 2021 verschärfte SoBoN erhöht Infrastrukturkosten und Bürokratie so stark, dass private Bauträger abgeschreckt werden – insbesondere im bezahlbaren Segment, das München dringend benötigt. Ein schlankeres Modell senkt die Hürden für Investitionen in Miet- und Eigentumswohnungen ohne weitere Subventionen und schafft so zusätzlichen und preisgünstigen Wohnraum.

Klimafreundliche und technologieoffene Finalisierung der kommunalen Wärmeplanung

Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die auch den Bausektor betrifft. Daher fordert die Freien Demokraten die kommunale Wärmeplanung für München in der nächsten Legislaturperiode zu finalisieren. Dabei sind die Prinzipien der Klimafreundlichkeit, Technologieoffenheit und sozialen Verträglichkeit zu beachten.

Die kommunale Wärmeplanung analysiert die aktuelle Wärmeversorgung, ermittelt Potenziale für erneuerbare Energien und erstellt ein Zielszenario mit Maßnahmen für eine CO₂-neutrale Wärmeversorgung. Planer, private Bauherren und Investoren benötigen Verlässlichkeit, damit sie die Umsetzung ihrer Neubauprojekte und die Schaffung neuen Wohnraums für die Stadt zügig vorantreiben können. Für Bestandsbauten kann aus der kommunalen Wärmeplanung über die Notwendigkeit zur Umrüstung des Energieträgers folgen. Die Stadt hat 2024 zunächst eine “erste Version” der kommunalen Wärmeplanung für München beschlossen. Änderungen in der kommunalen Wärmeplanung sind für Bauherren und Hausherren ein finanzielles Risiko.

3.3. Bauen und Wohnen – C-Teil (Einzelmaßnahmen und -forderungen)

Nachverdichtung in der Haldenseesiedlung endlich umsetzen

Die Haldenseesiedlung soll durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft Münchner Wohnen modernisiert und nachverdichtet werden. So sollen dort statt 700 Personen künftig 1.800 Münchnerinnen und Münchner ein Zuhause finden. Neben den Wohnungen sind auch Läden geplant, zwei Kindertageseinrichtungen, Arztpraxen, öffentliche Grünflächen und soziale Einrichtungen wie Wohngemeinschaften für Senioren, ein Teenie-Treff und ein Nachbarschaftstreff. Allerdings liegen zwischen Planungsbeginn und geplantem Projektabschluss fast 20 Jahre. Durch eine Straffung der Projektpläne könnten früher zusätzliche Wohnungen dem Mietmarkt zur Verfügung stehen.

4. Klimaanpassung

4.1. Klimaanpassung – A-Teil

München muss sich in den kommenden Jahrzehnten auf längere Hitzeperioden und zunehmende Starkwetterereignisse einstellen. Die Weichen für eine wirksame Klimaanpassung unserer Stadt sind jetzt zu stellen und der bereits eingeschlagene Weg des Klimaanpassungskonzepts der Stadt ist konsequent weiterzugehen.

Nicht nur die Anpassung, auch die Frage der Emissionsreduktion ist ein zentraler Aspekt unserer Zeit. Als Stadt braucht man Realismus, Realismus in der Sache und Ambitionen im Ziel. Die Stadt selber wird nur als Teil von Europa Klimaschutz sinnvoll umsetzen können. Deswegen wird eine Klimaneutralität auch nur sinnvoll 2050 erreichbar sein. Aber die Dinge, die München beeinflussen kann, müssen auch von der Stadt umgesetzt werden.

Die Versorgung Münchens mit frischer und kühler Luft aus dem Umland über **Frisch- und Kaltluftschneisen** in den warmen Sommermonaten wird immer wichtiger. Der Erhalt und die Anlage neuer Schneisen müssen bei der Stadtplanung ständig mitgedacht werden. Auch ist hier eine Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden unerlässlich.

In Zukunft ist häufiger mit Starkregenereignissen in der Stadt zu rechnen. Überschwemmungen und einer Gefährdung des Trinkwassers sind unbedingt vorzubeugen. Es bedarf eines ausreichenden Hochwasserschutzes sowie weiterer Möglichkeiten der Wasseraufnahme und -speicherung (z.B. Rückhaltebecken). So kann München immer mehr zur **Schwammstadt** werden.

Bäume und Pflanzflächen sind die am einfachsten umzusetzende und günstigste Maßnahme zur Verbesserung des Münchner Stadtklimas. Eine ausgeprägte **Stadt Begrünung** verbessert nicht nur die Luftqualität, sondern hilft auch unsere Stadt zu kühlen. Der Baumbestand Münchens ist daher in seiner Zahl zu erhalten und Freiflächen sind optimalerweise zu bepflanzen. Bei der Planung neuer Plätze ist auf ausreichende Grünflächen zu achten.

Mit **Dach- und Fassadenbegrünungen** sollen nicht nur die Stadt und Unternehmen zur Klimaanpassung Münchens beitragen, sondern auf freiwilliger Basis auch private Gebäudeeigentümer. Alternativ sollen sie die Flächen auch für Photovoltaik nutzen können und auf diese Weise zum klimafreundlichen Energiemix der Zukunft beitragen. Hierzu sind entsprechende rechtliche Möglichkeiten zu schaffen.

Die **Freilegung von Stadtbächen** ist ebenfalls eine wirkungsvolle, aber zugleich sehr teure Maßnahme zur Kühlung der Stadt. Für jedes Projekt sind Kosten und Nutzen sorgfältig gegeneinander aufzuwiegen.

Um die Bewohnerinnen und Bewohner, im Besonderen vulnerable Gruppen, unserer Stadt in Hitzephasen zu unterstützen und zu begleiten, sind die **Konzepte zum Hitzeschutz** konsequent umzusetzen und weitere Maßnahmen zu ergreifen, u.a. Kühl- und Schutzräume, Nebelduschen, Kältebecken und Trinkwasserbrunnen. Die Stadt arbeitet mit dem

Wetterdienst und anderen Wetterinformationsanbietern zusammen, um Bürgerinnen und Bürger frühzeitig vor Hitze, Ozonbelastung und schlechter Luftqualität zu warnen.

4.2. Klimaanpassung – B-Teil (Module)

Pragmatische Unterstützung von Flächenentsiegelungen

Ein hoher Grad an Flächenversiegelung widerspricht dem Prinzip der Schwammstadt. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Vorhaben zur (teilweisen) Flächenentsiegelung durch einfache Genehmigungsverfahren pragmatisch unterstützt werden.

Mit dem Konzept der Schwammstadt soll Regenwasser dort zwischengespeichert werden, wo es anfällt und in trockenen Phasen der Natur zur Verfügung stehen. Bei einem hohen Grad versiegelter Fläche wird das meiste Niederschlagswasser aber über die Kanalisation abgeleitet und wird so der “grünen Infrastruktur” der Stadt entzogen. Vor dem Hintergrund der sich ändernden klimatischen Bedingungen in der Stadt hat München ein großes Interesse an der Entsiegelung von Flächen. Grundstückseigentümer dürfen durch aufwendige Genehmigungsverfahren be- oder verhindert werden.

Förderprogramm “Grün in der Stadt” für Stadtbegrünung und Hitzeschutz ausweiten

Wir setzen uns dafür ein, dass das Förderprogramm “Grün in der Stadt” auch für Bestandsgebäude mit weniger als vier Wohneinheiten greift.

Die Landeshauptstadt München schätzt die vielfältigen Bemühungen ihrer Bürgerinnen und Bürger, mit Hilfe von Begrünung die Qualität der innerstädtischen Wohnumgebung zu verbessern. Mit dem Förderprogramm “Grün in der Stadt” werden vorrangig Maßnahmen in Stadtgebieten gefördert, die mit Grün unterversorgt sind und Hitzeinseln in der Stadt darstellen. Auch Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern sollen in Zukunft von den Zuschüssen profitieren können. So wollen wir private Initiative stärken und einen weiteren Beitrag zur Klimaanpassung, Lebensqualität und Artenvielfalt in München leisten.

Ausbau der Warnsysteme für Extrem-Wetterlagen

Wir fordern Warnsysteme für Extrem-Wetterlagen (Hitze, Ozon-Belastung, Starkregen etc.) kontinuierlich auszubauen und zu optimieren. Dazu soll bestehende Infrastruktur, wie die Warn-App KATWARN oder die städtischen Infoscreens, genutzt werden.

Nur wer von Extrem-Wetterlagen rechtzeitig weiß, kann sich vor ihnen schützen. Daher sind Warnsysteme eine essenzielle Säule im Bevölkerungsschutz und der Klimaanpassung der Stadtgesellschaft.

Ausbau von Schutzmaßnahmen für Risikogruppen

Extremere Klimabedingungen erhöhen auch die Gefahren für Risikogruppen. Wir setzen uns daher gezielt dafür ein, den Schutz dieser kontinuierlich weiterzuentwickeln: Ausbau freiwilliger Besuchsdienste, Einrichtung kühler Rückzugsorte (z. B. Bibliotheken, Quartierszentren), und Hotline-Angebote für besonders betroffene Gruppen – organisiert mit Trägern, Nachbarschaftsnetzwerken und sozialen Einrichtungen.

Es ist Aufgabe der Stadt für den Schutz aller Münchnerinnen und Münchner zu sorgen. Extremwetterlagen sind für vulnerable Gruppen, wie Ältere oder gesundheitlich Beeinträchtigte, eine größere Belastung als für die übrigen Mitglieder der Gesellschaft. Daher ist auf ihren Schutz ein gezieltes Augenmerk zu legen.

5. Mobilität

5.1. Mobilität - A-Teil

Bis 2035 soll sich München zu einer Vorzeigestadt in Sachen Mobilität entwickeln. Ein sich ergänzender Mix von Mobilitätsformen muss dann zur Verfügung stehen. So kann jeder schnell, sicher und nervenschonend an sein Ziel kommen. Die verschiedenen Mobilitätsformen sollen sich harmonisch in das urbane Leben einfügen und eine effiziente Fortbewegung für alle Bürger ermöglichen.

Ein wichtiger Beitrag hierzu ist die weitgehende Untertunnelung des Mittleren Rings. Der einst lärmende Autoverkehr kann so unsichtbar unter der Erde fließen. Oberirdisch können so große Flächen entstehen, die München ein neues Gesicht verleihen: Weitläufige Parks, belebte Plätze und begrünte Boulevards würden die Bürger zum Verweilen einladen. Die Luft wird sauberer, die Stadt ruhiger, die Lebensqualität spürbar gesteigert. Gleichzeitig ist es essenziell, die bestehenden Brücken des Rings, ganz besonders die Donnersberger Brücke, in verträglicher Form zu sanieren, um einen Verkehrskollaps zu verhindern und eine langfristig stabile Infrastruktur zu gewährleisten.

In München sollen alle Verkehrsarten gleichberechtigt sein. Angemessen breite, gut ausgebaut Radwege müssen die Stadt durchziehen, um das Fahrrad zu einer echten Alternative zum Auto zu machen. Außerdem müssen ausreichend Radstellplätze in gutem Zustand und frei von Hindernissen insbesondere an Verkehrsknotenpunkten zur Verfügung stehen. Die Umsetzung des Radwegenetzes ist wichtig, da es für durchgehende Radverbindungen sorgt. Die Radwege, aber auch eine gute Verkehrsführung, besonders bei Baustellen, können für ein gesteigertes Sicherheitsgefühl bei allen sorgen, die mit dem Rad unterwegs sind. Nötig sind auch Gehwege, die in gutem Zustand und frei von Hindernissen sind, damit sich auch Fußgänger sicher fühlen. Freischankflächen und angeordnetes Gehwegparken wo dieses nötig ist, müssen verträglich gestaltet werden und dürfen den Verkehr mit Rollstuhl und Kinderwagen nicht behindern. Der beschränkte öffentliche Raum

muss verantwortlich zwischen den verschiedenen Nutzungsarten aufgeteilt werden. Eine angestrebte “Stadt der kurzen Wege” mit ihren Stadtquartieren eignet sich besonders für Wege mit dem Rad oder zu Fuß. Dazu sollen auch Sharing-Angebote wie Fahrräder und E-Scooter weiterhin im Free-Floating-System verfügbar sein.

Egal ob als Fußgänger oder Radfahrer muss man sich auch nachts sicher fühlen. Dazu sollen Lichtpfade errichtet werden, die den Menschen die Sicherheit geben, dass ihnen der öffentliche Raum auch bei Nacht gehört: egal ob im Park, auf dem Radweg oder Gehweg. Smarte Beleuchtungskonzepte sichern dabei die Verträglichkeit mit der Natur.

Der öffentliche Nahverkehr muss weiter ausgebaut und automatisiert werden, sodass er in möglichst allen Bereichen rund um die Uhr eine bequeme Alternative zum Individualverkehr darstellt. Dazu sollen auch neue Querverbindungen, die z.B. durch den Schluss des S-Bahn-Rings entstehen können, entscheidend beitragen. Und egal ob S-Bahnen, U-Bahnen, Trambahnen oder Busse, sie alle sollen weitgehend autonom unterwegs sein und so für einen präzisen, zuverlässigen und eng getakteten Fahrbetrieb sorgen. Auch der Komfort muss durch die Gewährleistung von Sicherheit und Sauberkeit gewährleistet sein, sodass der ÖPNV eine echte Alternative für alle darstellt. Nicht zuletzt darf die Nutzung auch für Menschen mit eingeschränkter Mobilität kein Problem sein. Lifte und Rolltreppen müssen funktionieren und die nahegelegenen Alternativen bei Bedarf einfach zu finden sein. Auch die CO₂-Emissionen müssen schrittweise verringert werden, wobei sowohl Betrieb als auch Bau (z.B. Beton für Tunnel) zu betrachten sind.

Carsharing und autonome Taxis sollen auch jenen, die kein eigenes Fahrzeug haben, aber doch gelegentlich ein Fahrzeug benötigen, z.B. um etwas zu transportieren oder zum Arzt zu kommen, eine passende Alternative bieten. Dazu sind die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir wollen den Taxi-Markt in München liberalisieren und auch Wettbewerb durch andere Fahrdienstanbieter weiterhin ermöglichen. Eine weitere Erhöhung der Taxi-Preise oder gar eine Untergrenze für Wettbewerber lehnen wir ab.

Die Mobilität soll von Digitalisierung und smarterer Verkehrssteuerung geprägt sein: Eine datenbasierte Verkehrsplanung mit Hilfe von Bewegungssensoren und anonymisierten Nutzerdaten kann der Stadt helfen, die Infrastruktur an die Bedürfnisse der Menschen anzupassen. Engpässe können so frühzeitig erkannt und beseitigt, neue Verkehrsströme intelligent geleitet werden.

Eine Anti-Stau-Gebühr soll den Autoverkehr in der Stadt regulieren und Überlastung verhindern. Wer zu Stoßzeiten mit dem Auto fährt oder parken möchte, zahlt mehr. Wer sich flexibel außerhalb dieser Zeiten bewegt, profitiert von niedrigeren Preisen. Für Handwerker und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sollen pragmatische und faire Lösungen gefunden werden. Auch Parkgebühren müssen sich künftig an der Nachfrage und am Platzbedarf des Fahrzeugs orientieren. Die eingenommenen Gebühren müssen zweckgebunden für die Straßeninfrastruktur und den Ausbau des Parkplatzangebots, z.B. durch Quartiersgaragen und den Ausbau von Parkand-Ride-Plätzen am Stadtrand eingesetzt werden. Autofahrer, insbesondere auch Berufsgruppen und Unternehmen wie Handwerker

und Pflegedienste, die auf ihre Fahrzeuge angewiesen sind, profitieren so insgesamt davon, dass sie weniger Zeit für ihre Strecken und für die Parkplatzsuche benötigen.

Ein intelligentes Verkehrsleit- und Parkleitsystem, das unter anderem adaptive Ampelschaltungen, digitale Schilder und Echtzeit-Navigation umfasst, soll dafür sorgen, dass der Verkehr fließt und unnötige Verzögerungen vermieden werden. Auch temporär geänderte Streckenführungen, z.B. durch Baustellen oder Veranstaltungen, wären in Zukunft so kein Problem mehr. Neben dem autonomen ÖPNV sollen auch Privatfahrzeuge autonom unterwegs sein können, um Sicherheit und Verkehrsfluss weiter zu erhöhen. Die Infrastruktur und Gegebenheiten müssen dafür geschaffen werden.

Die MVG soll in Kooperation mit weiteren Mobilitätsanbietern eine offene Schnittstelle für private, digitale Mobilitätsplattformen anbieten, in der alle Mobilitätsangebote an einem Ort transparent und allgemein zugänglich zur Verfügung gestellt werden können. So können Münchner den effizientesten Weg durch München finden, egal ob mit U-Bahn, Elektroroller, Leihrad oder sonstigen Mobilitätsalternativen.

München soll bekannt dafür sein, neue und moderne Verkehrsträger als erste zu erproben. In verschiedenen Stadtteilen soll es dafür Teststrecken für innovative Mobilitätslösungen geben wie z.B. on-demand Schwebebahnen, die eine schnelle und umweltfreundliche Fortbewegung ermöglichen. Diese neuartigen Konzepte sollen das bestehende Verkehrssystem technologieoffen ergänzen und München zu einem Vorreiter in der urbanen Mobilität machen.

Durch einen geschlossenen Autobahnring soll der innerstädtische Verkehr entlastet werden. Autos, die nicht nach München müssen, sollen die Stadt umfahren, anstatt sie zu durchqueren. Dadurch können Staus und Emissionen im Stadtzentrum drastisch reduziert werden. Gleichzeitig soll sich München zu einem der am besten angebunden Verkehrsknoten Europas entwickeln. Der neue Hauptbahnhof und die Zulaufstrecken aus der Region müssen über Lückenschlüsse im Netz schnelle Verbindungen in alle Richtungen ermöglichen. Eine moderne Schnellverbindung zwischen der Innenstadt und dem Flughafen kann das Reisen einfacher denn je machen. Der Flughafen München als Tor zur Welt muss nahtlos in das urbane Mobilitätskonzept integriert sein, sodass Reisende komfortabel und schnell ans Ziel kommen. Mit einer dritten Startbahn kann er auch weiter eine der großen Drehscheiben in Deutschland und Europa sein. Dafür wollen wir auch einen Fernbahnhof am Flughafen schnellstmöglich umsetzen. München wird sich dabei vehement für die Weiterentwicklung des Bundesverkehrswegeplans und der Umsetzung der für die Stadt bedeutsamen bestehenden Staatsverträge mit Österreich und der Republik Tschechien einsetzen.

5.2. Mobilität - B-Teil (Module)

5.2.1. Verkehrsplanung

Daten-getriebene Verkehrsplanung

Die Stadt München hat eine gute Datenbasis und IT-Infrastruktur im Bereich Mobilität. Das damit einhergehende Potential muss voll ausgeschöpft werden. Wir fordern den weiteren Ausbau dieser Datenbasis und die gesamte Verkehrsplanung auf deren Grundlage durchzuführen.

Gerade im Bereich der Mobilität ist es wichtig, eine gute Datenbasis zu haben. Denn das Mobilitätsverhalten der Menschen ist ohne eine solche nur schwer einzuschätzen. Daten helfen dabei, die Bewegungen und damit die Mobilitätsbedarfe der Münchner*innen sichtbar zu machen.

Simulationen sind für die Verkehrsplanung ein entscheidendes Mittel, um das Mobilitätssystem bedarfsgerecht aus- und umzubauen. Die Stadt München hat bereits einen digitalen Zwilling aufgebaut, der gerade hier noch mehr in den Fokus rücken und Antworten liefern muss.

Sinnvolle Raumaufteilung zur Berücksichtigung aller Mobilitätsformen

Wir fordern, dass alle Formen der Mobilität in der Verkehrsplanung berücksichtigt werden. So müssen ganz besonders auch die Bedürfnisse von Fußgängern berücksichtigt werden, z.B. wenn es um durch E-Scooter oder Leihräder zugeparkte Gehwege geht.

Entscheidend ist, dass alle ihren persönlichen Mobilitätsbedürfnissen nachgehen können, sofern niemand anderes behindert wird. Dabei sind alle Mobilitätsformen zu berücksichtigen. Nur so kann es ein wirkliches Miteinander auf den Straßen geben.

Alle Nutzergruppen müssen sich berücksichtigt und ernst genommen fühlen. Denn nur dann fühlen sie sich sicher, voll integriert und wirklich frei in der Wahl des Verkehrsmittels. Erst dann wird dieses sich auch je nach Strecke und Ziel unterscheiden und somit eine multimodale Mobilität Realität.

Förderung von neuen und innovativen Mobilitätskonzepten

Wir fordern, dass neue und innovative Mobilitätskonzepte gefördert werden, damit unser Mobilitätssystem sich weiterentwickelt und auch den Mobilitätsbedürfnissen von morgen gerecht wird. Dabei ist uns wichtig, dass die Systeme ineinandergreifen und sich optimal ergänzen. Um auch bei der Umsetzung flexibel und schnell zu sein, sollen Modelle wie Public Private Partnership in Betracht gezogen werden.

Die aktuellen Lücken können durch innovative Lösungen oft besser und kostengünstiger geschlossen werden als mit bereits vorhandenen Technologien. Auch brauchen wir den Mut zu effizienten 80%-Lösungen, da die perfekte Lösung meist zu lang braucht und zu viele Ressourcen benötigt.

Die Umsetzung sollte in Kooperation mit allen, die ein Interesse haben, gemeinsam gemacht werden, z.B. mit der Messe als Partner für Anbindung an die S-Bahn- Richtung Flughafen oder mit Privatunternehmen als Partner für die bessere Anbindung ihrer Betriebsstätten.

Ringstrukturen stärken

Für alle Verkehrsmittel, also Autos, Fahrräder, ÖPNV (S-Bahn, U-Bahn, Tram, Bus), Fahrräder und Fußgänger, sollen Ringstrukturen bei den Verkehrswegen konsequent ausgebaut werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Ringe durchgängig sind und einen Übergang zwischen den Verkehrsmitteln begünstigen.

Ringstrukturen entlasten das Zentrum und bieten fast immer kürzere Wege. Damit sparen sie den Verkehrsteilnehmern Zeit, schonen die Umwelt und die Verkehrswege. Sie können diesen Effekt nur leisten, wenn die Verkehrsführung in den Ringen für alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen gilt.

5.2.2. Motorisierter Individualverkehr

Intelligente Verkehrsleitung

Wir fordern ein intelligentes Verkehrs- und Parkleitsystem, das zur Entlastung auf den Straßen beiträgt. Dieses soll durch passende Infrastruktur wie dynamische Anzeigen, aber auch durch die Bereitstellung von Verkehrsinformationen und Kooperation mit Navigationsdienstleistungsunternehmen umgesetzt werden.

München ist nicht nur eine der Stauhauptstädte Deutschlands, auch der Parksuchverkehr trägt erheblich zur Belastung auf den Straßen bei. Durch ein intelligentes Verkehrs- und Parkleitsystem kann durch das Umleiten und Aufteilen von Verkehrsströmen ein besserer Verkehrsfluss erzielt werden.

Da die Menschen in München sowohl mit als auch ohne Navigationsgerät oder -app unterwegs sind, ist es wichtig, dass auch beide Gruppen durch die entsprechende Infrastruktur und durch die Kooperation mit Navigationsdienstleistern das Verkehrs- und Parkleitsystem nutzen können.

City-Maut als Anti-Stau-Gebühr einführen

Wir sehen in der Einführung einer Anti-Stau-Gebühr eine sinnvolle Maßnahme, um den Verkehr zu entzerren. Diese ist für jede Fahrt mit einem PKW in München zu entrichten und richtet sich nach zurückgelegter Strecke. Die Abrechnung und Zahlung erfolgen dabei digital.

Aktuell fallen bis auf die Kraftstoff-Kosten keine nutzungsabhängigen Kosten bei der Nutzung des PKWs in der Stadt an. Diese berücksichtigen jedoch nicht, wie viel Verkehr zum Nutzungszeitpunkt auf der jeweiligen Strecke herrscht und können daher auch nicht die realen Kosten abbilden.

Mit der Einführung einer Anti-Stau-Gebühr kann ein großer Beitrag dazu geleistet werden, den Stau in München zu reduzieren. Somit wird die effiziente Nutzung der vorhandenen Infrastruktur befeuert und es ergeben sich trotz erhobenen Nutzungsentgelts Vorteile für die Nutzer.

Parkplatzmangel entschärfen

Wir fordern eine deutliche Flexibilisierung der Parkplatzgebühren, die sich zukünftig nach Parkdruck und Fahrzeuggröße richten sollen. Eingenommene Gelder sollen wiederum zweckgebunden für die Parkplatz-Infrastruktur genutzt werden. Mit der neuen Preisgestaltung einhergehend fordern wir die Digitalisierung der Parkraumüberwachung.

Der verfügbare Platz in der Stadt ist knapp, ganz besonders der öffentliche Raum. Für dessen Nutzung als Parkplatz muss man aktuell verhältnismäßig wenig oder sogar nichts zahlen. Somit werden die realen Kosten des Fahrzeugbesitzes nicht abgebildet.

Durch die Flexibilisierung der Parkgebühren kann ein großer Beitrag dazu geleistet werden, die vorhandene Infrastruktur effizient zu nutzen und gleichzeitig mit den Einnahmen auszubauen. Somit wird der Parkplatzmangel und damit auch den Parkplatzsuchverkehr in München reduziert.

Parkplatzangebot schaffen

Wir fordern den Ausbau des Parkplatzangebots und die Erhöhung der Auslastung bestehender Parkplätze. Dabei sollen sowohl Quartiersgaragen gebaut als auch innovative Konzepte wie Parktürme genutzt werden.

Der verfügbare Parkraum ist knapp und mehr Angebot ist dringend notwendig, um der Nachfrage gerecht zu werden. Sowohl Quartiersgaragen als auch innovative Konzepte, die den Raum noch besser nutzen, können dabei einen Beitrag leisten.

Gleichzeitig ist es wichtig, den vorhandenen Parkraum besser zu nutzen. Auch das trägt zur Entspannung bei. Dabei ist ein Gesamtkonzept wichtig, welches sowohl die Kosten der öffentlichen Parkplätze besser abbildet als auch den verfügbaren Parkraum "sichtbar" macht.

Weitgehende Untertunnelung des Mittleren Rings

Wir fordern die weitere Untertunnelung des Mittleren Rings. Dabei sollen besonders geeignete Stellen anhand einer Kosten-Nutzen-Analyse identifiziert und entsprechend der sich daraus ergebenden Priorität realisiert werden.

So entsteht neuer Raum für andere Nutzungsarten. Die neu entstehenden Flächen können zum Beispiel für Freizeitaktivitäten oder durch den Fuß- und Radverkehr genutzt werden.

Positives Beispiel ist der Petuel-Tunnel mit dem Petuel-Park, der neben der Belebung der Freizeitfläche auch die Verbindung der Stadtteile ermöglicht hat.

Gleichzeitig verringert die Untertunnelung die Belastung der Bewohner*innen durch Lärm, Abgase und Feinstaub. Das trägt zur Gesundheit bei, ohne den Verkehr auszubremsen und zu einer höheren Verkehrsbelastung auf Nebenstraßen zu führen.

Geschlossener Autobahnring

Wir fordern einen geschlossenen Autobahnring um München durch die Verknüpfung der A995 und der A99 im Südwesten der Stadt.

Durch die Vervollständigung des Autobahnringes kann der Verkehr um und aus der Stadt geleitet werden. So wird unnötiger Verkehr in der Stadt vermieden und Anwohner im Süden der Stadt entlastet.

Darüber hinaus werden die bereits vorhandenen Autobahnen entlastet. Die Folge insgesamt: Weniger Stau und weniger Zeitverluste für Wirtschaft und Individualverkehr.

5.2.3. Baustellenmanagement

Bessere Baustellenkoordination

Wir fordern die bessere Koordination der Baustellen, die sich auf die Mobilität auswirken. Die Auswirkungen auf den Verkehr sollten minimiert werden. Dabei ist besonders relevant, dass ortsgleiche Maßnahmen gebündelt werden, um die mehrfache Verkehrsbehinderung zu verhindern.

Baustellen belasten das städtische Mobilitätssystem ganz besonders und führen dazu, dass es nicht optimal genutzt werden kann. Dies ist insbesondere der Fall, wenn Maßnahmen nicht aufeinander abgestimmt und Alternativen nicht vorhanden sind.

Baustellen zügig umsetzen

Gerade im Straßenbau muss die schnelle Umsetzung oberste Priorität haben.

Dafür setzen wir auf ein konsequentes Umdenken in der Baustellen-Planung. Baustellen dürfen erst beginnen, wenn die Planung vollständig abgeschlossen ist. Arbeitsschritte müssen gebündelt und Prozesse beschleunigt werden – etwa durch Überstunden, Schichtarbeit oder den Einsatz moderner Vorfertigung. Bauunternehmen sollen Anreize für eine frühzeitige Fertigstellung erhalten, bei Verzögerungen aber auch Vertragsstrafen zahlen. Planänderungen nach Baubeginn sind tabu. Schnelles Bauen schafft nicht nur Entlastung für die Bürger, sondern spart auch Kosten für unnötig lange Baustelleneinrichtungen.

Umleitungen müssen praktikabel sein und dürfen nicht selbst wieder in neue Baustellen führen.

Absperrungen sind dynamisch zu gestalten und auf die Bereiche zu beschränken, in denen tatsächlich gearbeitet wird. Ergänzend braucht es ein professionelles Risikomanagement, das mit Rücklagenbudgets und Notfallplänen auf unvorhergesehene Probleme wie schlechtes Wetter oder Lieferengpässe vorbereitet.

Ein “Baustellen-Fahrplan” für München

Wir fordern einen „Baustellen-Fahrplan“, der künftig sicherstellt, dass Maßnahmen nicht mehr disziplinbezogen, sondern ortsbezogen geplant werden. Arbeiten verschiedener Gewerke an einem Standort müssen gebündelt und als Paket erledigt werden. Mehrfachbaustellen an derselben Stelle gehören der Vergangenheit an. Neue Vorhaben dürfen nur freigegeben werden, wenn klar ist, dass in den nächsten fünf bis zehn Jahren keine weiteren Eingriffe an diesem Ort notwendig sind.

Transparenz-Offensive für Baustellen

Die Bürger akzeptieren Einschränkungen nur dann, wenn sie wissen, wofür sie stehen. Wir wollen deshalb ein zentrales und öffentlich zugängliches Informationssystem, das den Baufortschritt transparent macht und Anwohner regelmäßig mit Updates versorgt. Dazu gehören Berichte über den Projektstatus, ein Kommunikationsprotokoll für Verzögerungen, die frühzeitige Einbindung von Unternehmen, Newsletter für betroffene Gebiete, ein zentrales Bauportal für Hinweise und Beschwerden sowie Bautafeln mit QR-Codes für direkten Zugriff auf Informationen. Ergänzend schlagen wir eine Beschwerdestelle vor, bei der unverhältnismäßige Stillstände oder ein zu langsames Bautempo gemeldet werden können.

Mit diesen Maßnahmen schaffen wir eine neue Baustellenkultur in München: effizient geplant, transparent kommuniziert und mit klarer Rücksicht auf die Bürger. So beenden wir das Baustellenchaos und sorgen dafür, dass München wieder vorankommt.

5.2.4. Radverkehr

Flächendeckend gut ausgebaute Fahrradinfrastruktur

Wir fordern eine flächendeckend gut ausgebaute Fahrradinfrastruktur, die überall Lust auf die Nutzung des Fahrrads oder ähnlicher Mobilitätsformen macht. Diese darf sich nicht auf großzügige Radwege in der Innenstadt beschränken.

Gerade kurze Strecken werden mit Fahrrädern zurückgelegt. Damit das der Fall ist, ist es wichtig, dass man sich überall auf dem Rad wohl fühlt. Dafür ist eine gewisse Qualität der Radrouten notwendig, was gute Radwege ebenso wie Fahrradstraßen einschließen kann. Wenn man die gut ausgebauten Wege jedoch gar nicht erst erreicht, ist niemandem geholfen.

Die Entscheidung, das Rad zu nutzen, hängt in den allermeisten Fällen nicht von der Breite der Radwege um die Innenstadt herum ab. Wichtig sind Konzepte, die überall eine möglichst konfliktfreie und damit sichere Nutzung des Rads ermöglichen.

5.2.5. Fußverkehr

Mehr Sicherheit für Fußgänger durch die Einführung von Countdown-Ampeln

Wir fordern die Einführung von Countdown-Ampeln an Fußgängerfurten mit langen Warte- oder Räumzeiten sowie an unübersichtlichen und besonders stark frequentierten Kreuzungen. Die Auswahl der Standorte soll datenbasiert erfolgen.

Countdown-Ampeln schaffen Transparenz und Planbarkeit für alle Verkehrsteilnehmer. Fußgänger können besser einschätzen, wie lange die Grünphase noch andauert, was riskante "letzte Sekunde"-Sprints verhindert und so die allgemeine Sicherheit für Jung und Alt erhöht.

Statt einer flächendeckenden Ausstattung nach dem Gießkannenprinzip setzen wir auf eine intelligente und bedarfsgerechte Lösung. Eine gezielte Installation an Unfallschwerpunkten und wichtigen Knotenpunkten maximiert den Nutzen und sorgt für einen effizienten Einsatz von Steuergeldern.

5.2.6. Städtischer Fuhrpark

Städtischen Fuhrpark elektrifizieren

Wir fordern, dass die Stadt bei Neuanschaffungen konsequent auf rein elektrische Fahrzeuge setzt. Dies muss für den gesamten städtischen Fuhrpark gelten, von Dienstwagen über die Busflotte bis hin zu allen kommunalen Nutz- und Müllfahrzeugen.

Als wachsende Metropole hat München eine besondere Verantwortung für den Klimaschutz. Eine vollständig elektrische Fahrzeugflotte reduziert nicht nur die CO₂-Emissionen, sondern verbessert auch direkt die Luftqualität und senkt die Lärmbelastung für alle Bürgerinnen und Bürger.

Die Stadt muss hier als Vorbild vorangehen und ein klares Signal für die Mobilitätswende setzen. Die Umstellung ist eine Investition in zukunftsfähige Technologie, die langfristig durch geringere Betriebs- und Wartungskosten auch wirtschaftlich sinnvoll ist.

5.2.7. ÖPNV

Offene Daten für smarte Mobilität

Wir fordern, dass die MVG eine offene digitale Schnittstelle (API) schafft, die alle Mobilitätsdaten bündelt. Private Mobilitätsplattformen sollen so alle Angebote – von U-Bahn bis Leihrad – in ihre Apps integrieren können.

Die Münchnerinnen und Münchner sollen jederzeit den schnellsten und effizientesten Weg durch die Stadt finden. Eine offene Schnittstelle ermöglicht es, alle verfügbaren

Verkehrsmittel transparent auf einen Blick zu vergleichen und die beste Route individuell zu planen.

Statt auf eine einzige städtische App zu setzen, fördern wir den Wettbewerb und die Innovation privater Anbieter. Eine offene Datenplattform ist die Grundlage für smarte Mobilitätslösungen, die den Verkehr in München einfacher, flexibler und intelligenter machen.

S-Bahn-Ring mit Mobilitätshubs

Wir fordern die Umsetzung des S-Bahn-Rings. Um mehr Querverbindungen zu ermöglichen, müssen neue Knoten- und Umstiegspunkte, also Mobilitätshubs, direkt mitgedacht werden.

S-Bahn Querverbindungen tragen dazu bei, dass bei Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs deutlich mehr Optionen zur Verfügung stehen und so der ÖPNV gleichzeitig robuster wird. Zudem werden unnötige Umwege durch die Innenstadt und die Bündelung des gesamten Verkehrs verhindert, was wiederum zur Entlastung des gesamten Systems führt.

Darüber hinaus ist die Umsetzung vergleichsweise kostengünstig, da die nötigen Trassen zu großen Teilen bereits zur Verfügung stehen. So kann das System bei wenig Ressourceneinsatz deutlich anwachsen und leistungsfähiger werden.

Automatisierung des ÖPNV

Wir fordern die weitgehende Automatisierung des ÖPNV. Dabei muss nicht nur die längst überfällige Automatisierung der U-Bahn endlich umgesetzt werden. Auch Trams und Busse müssen langfristig weitgehend automatisiert betrieben werden.

Eine entscheidende Herausforderung für den Münchner Nahverkehr ist die Personalbeschaffung. Bei einem hohen Grad der Automatisierung kann der Betrieb des ÖPNV mit weniger Personal, das ohnehin knapp ist, sichergestellt und somit langfristig auch laufende Kosten eingespart werden.

Ein automatisierter Betrieb erlaubt darüber hinaus eine deutliche Flexibilisierung des Angebots. Dieses kann sich so viel besser an den Bedürfnissen der Nutzer*innen orientieren. Damit wird der öffentliche Nahverkehr komfortabel und zu einer attraktiven Alternative.

Teststrecken für autonome U-Bahnen einrichten

Die Stadt soll in Kooperation mit der MVG eine Teststrecke für autonom fahrende U-Bahnen einrichten, um mittelfristig Personalkosten zu senken und Betriebssicherheit zu erhöhen.

Der Mangel an qualifiziertem Fahrpersonal wird zur wachsenden Herausforderung für einen verlässlichen U-Bahn-Betrieb. Autonome Systeme bieten hier eine langfristige Lösung.

Testprojekte ermöglichen technologische Erprobung, Akzeptanzgewinnung und strategische Vorbereitung. Sie stärken Münchens Innovationsprofil und entlasten die Personalkosten dauerhaft.

Zweiter vollwertiger U-Bahnbetriebshof in Freiham

Wir fordern den Bau eines zweiten vollwertigen U-Bahnbetriebshofs (wie bereits mehrfach geplant, aber nicht realisiert) in Freiham, der zeitgleich mit der Streckenverlängerung der U5 nach Freiham zu errichten ist.

Der aktuell einzige vorhandene U-Bahnbetriebshof in Fröttmaning ist für die Netzerweiterungen nicht vorgesehen gewesen und daher nicht mehr ausreichend groß. Um die Münchner U-Bahn zukunftsfähig zu machen, ist ein weiterer Betriebshof notwendig.

Darüber hinaus ist der einzelne U-Bahnbetriebshof auch nur über bestimmte Trassen zu erreichen und damit eine Schwachstelle im U-Bahn-Netz. Sollte der Betriebshof nicht mehr erreichbar sein, stünde das Netz innerhalb kurzer Zeit still. Ein zweiter vollwertiger Betriebshof macht das gesamte U-Bahnsystem ausfallsicherer.

Tram Englischer Garten

Wir fordern die Prüfung einer Tram-Linie durch den noch zu schaffenden Tunnel, der für die Wiedervereinigung des Englischen Gartens sorgen soll. So kann eine leistungsfähige Verbindung durch den Englischen Garten geschaffen werden, ohne die Aufenthaltsqualität zu beeinträchtigen.

Da der Tunnel noch gebaut werden muss, um den Englischen Garten wieder zu einem zusammenhängenden Park zu machen, kann eine Trambahn kostengünstig hinzu gebaut werden, um die nötige Ost-West-Verbindung zu schaffen.

So kann auch die Diskussion um die Tram durch den Englischen Garten endlich abgeschlossen werden, ohne unverhältnismäßig teure Kompromisslösungen zu suchen.

Geradlinig zum Ziel: Das Busnetz optimieren

Wir fordern eine systematische Überprüfung des Busnetzes, um unnötige Umwege und "Schlenker" zu eliminieren. Linienführungen sollen so direkt wie möglich gestaltet werden, um die Fahrzeiten signifikant zu verkürzen und die Attraktivität des Busses als Verkehrsmittel zu steigern.

Ein attraktiver ÖPNV muss schnell sein. Lange, umständliche Routen, die oft nur zur Anbindung einzelner Haltestellen dienen, machen den Bus für viele Pendler unattraktiv. Eine direktere Linienführung spart wertvolle Zeit für die Fahrgäste und macht den Bus zu einer echten Alternative zum Auto.

Die Feinerschließung von Wohngebieten kann intelligenter durch Quartiersbusse oder flexible On-Demand-Angebote sichergestellt werden. Die Hauptlinien müssen jedoch auf Geschwindigkeit und Effizienz für die breite Masse der Fahrgäste ausgelegt sein, anstatt sich in Nebenstraßen zu verlieren.

GPS-Tracking für alle Busse in Echtzeit

Alle städtischen Busse sollen mit GPS ausgestattet werden, um ihre Standorte in Echtzeit über die MVG-App sichtbar zu machen.

Ein Live-Tracking verbessert Transparenz, Orientierung und Pünktlichkeit. Fahrgäste erkennen Verspätungen frühzeitig und können auf Alternativen ausweichen.

Zugleich entsteht eine Datenbasis für Verkehrsplanung und Stauanalyse. Echtzeitdaten erhöhen Akzeptanz und Nutzungsbereitschaft öffentlicher Verkehrsmittel.

5.2.8. Fahrdienste

Fairer Wettbewerb für bessere Mobilität

Wir setzen uns für einen fairen Wettbewerb zwischen Taxis und neuen Fahrdiensten wie Uber ein. Starre Regelungen sollen gelockert werden, um gleiche Chancen für alle Anbieter zu schaffen und den Münchnern die maximale Auswahl an Mobilitätsangeboten zu ermöglichen. Eine weitere Erhöhung der Taxi-Preise oder gar eine Untergrenze für Wettbewerber lehnen wir ab.

Der Wettbewerb belebt das Geschäft. Er führt zu besseren Services, mehr Innovation und günstigeren Preisen für die Verbraucher. Ein moderner, flexibler Personenbeförderungsmarkt ist ein Gewinn für alle Münchner und stärkt den Ruf der Stadt als zukunftsorientierte Metropole.

Wir wollen keine einseitige Bevorzugung, sondern faire und klare Spielregeln für alle. Das bedeutet, veraltete Vorschriften wie die Rückkehrpflicht für Mietwagen abzuschaffen und gleichzeitig sicherzustellen, dass für alle Anbieter Sozial- und Sicherheitsstandards gelten.

5.2.9. Flughafen

3. Startbahn am Münchner Flughafen

Wir fordern den Bau der 3. Startbahn am Flughafen München, damit der Flughafen in Zukunft ein wichtiges Drehkreuz in Europa ist. Er soll ein Flugverkehrshub sein, besonders auch für den Fracht-Flugverkehr.

Ohne die dritte Startbahn wird der Flughafen München nicht die Relevanz haben, die nötig ist, um die Vorteile des Flughafens für die Stadt vollkommen zu entfalten.

Da die dritte Startbahn bereits im Bebauungsplan berücksichtigt ist, ist der Aufwand zur Umsetzung nicht mehr ganz so groß und kann zügig umgesetzt werden.

Privatisierung des Flughafens für ein modernes München

Die Stadt München soll ihre gesamten Anteile an der Flughafen München GmbH veräußern. Der Erlös ist in einen Zukunftsfonds für Innovation, Digitalisierung und den Ausbau der Infrastruktur, insbesondere des U-Bahn-Netzes, zu investieren.

Die Beteiligung an einem Flughafen gehört nicht zu den Kernaufgaben einer Kommune. Private Unternehmen können den Flughafen effizienter und wettbewerbsfähiger führen. Die Stadt sollte sich auf ihre hoheitlichen Aufgaben konzentrieren und kein unternehmerisches Risiko tragen.

Der Verkaufserlös bietet die Chance, München zukunftsfest zu machen. Mit einem Zukunftsfonds investieren wir gezielt in die digitale Verwaltung, Start-ups und den dringend nötigen Ausbau der U-Bahn, um den drohenden Verkehrskollaps effektiv zu verhindern.

Fernbahnhof Flughafen München

Wir fordern einen Fernbahnhof am Flughafen, der eine schnelle Verbindung zum Hauptbahnhof mit einer intelligenten Schienenanbindung Richtung Osten über Erding und Mühldorf nach Simbach am Inn kombiniert, was die Anbindung nach Österreich, insbesondere Linz und Salzburg ermöglicht.

Ein Fernbahnhof am Flughafen muss zwei Kernanforderungen erfüllen: die schnelle Anbindung an das Stadtzentrum und die Schaffung neuer, attraktiver Verbindungen für die ganze Region. Eine Express-Verbindung zum Hauptbahnhof ist dabei die Grundvoraussetzung für die Akzeptanz bei den Reisenden.

Der wahre strategische Mehrwert entsteht durch die gleichzeitige Realisierung der Anbindung Richtung Osten. Diese Kombination schließt Ostbayern an den Flugverkehr an, entlastet die A94 und macht München zu einem noch leistungsfähigeren und zukunftsfähigen Mobilitäts-Drehkreuz.

Schnelle Anbindung für den Flughafen

Wir fordern die zügige Realisierung einer direkten und schnellen Bahn-Verbindung zwischen dem Hauptbahnhof und dem Flughafen. Ziel ist eine international konkurrenzfähige Fahrzeit von maximal 20 Minuten, um den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort München zu stärken.

München ist ein internationaler Hub für Wirtschaft und Tourismus. Eine Fahrzeit von über 40 Minuten zum Flughafen ist diesem Status unwürdig. Eine Express-Linie verkürzt die Anreise erheblich, steigert die Attraktivität des Standorts und entlastet die bestehende S-Bahn-Stammstrecke.

Statt endloser Debatten brauchen wir eine pragmatische und schnelle Lösung. Eine vom S-Bahn-Netz unabhängige, dedizierte Trasse ist der Schlüssel zu Zuverlässigkeit und einer konkurrenzfähigen Fahrzeit. Wir müssen jetzt mutig in eine leistungsstarke Infrastruktur für die Zukunft investieren.

5.3. Mobilität – C-Teil (Einzelmaßnahmen)

Parkhaus für den Tierpark

Wir fordern den zügigen Bau eines Parkhauses am Tierpark Hellabrunn. Die unhaltbare Parksituation mit zu kleinen Stellplätzen und verstopften Zufahrten muss endlich durch eine funktionierende und geordnete Lösung beendet werden.

Der Dauer-Ärger für die Anwohner ist nicht länger hinnehmbar. Ideologisch motivierte Blockaden und die Ausdünnung der Linie 52 haben das Problem jahrelang verschärft. Es ist Zeit für eine pragmatische Lösung, die wirklich funktioniert.

Ein modernes Parkhaus bündelt den Verkehr und reduziert den Lärm und die Abgase des Parksuchverkehrs im gesamten Gebiet. Gleichzeitig sichert es die Attraktivität des Tierparks als überregionales Ausflugsziel und verbessert das Besuchererlebnis für Familien und Gäste.

6. Wirtschaft

6.1. Wirtschaft – A-Teil

Münchens florierende Wirtschaft soll auch 2035 für Stabilität und sichere Arbeitsplätze sorgen. Dank hervorragender Standorteigenschaften bleibt München ein attraktiver Sitz für nationale und internationale Großunternehmen, mittelständische Unternehmen und Kleinbetriebe. München im Jahr 2035 soll eine Stadt sein, die wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Verantwortung verbindet. Die Wirtschaft dient nicht als Selbstzweck, sondern als Motor für eine funktionierende Gesellschaft. Sie schafft Arbeitsplätze, ermöglicht Wohlstand für alle Münchnerinnen und Münchner und sichert die Finanzierung von Bildung, Infrastruktur und sozialer Daseinsvorsorge. Anhand einer ausgewogenen Stadtentwicklung, starken Quartieren und einer nachhaltigen Innovationskultur kann München ein Ort bleiben, an dem Menschen gerne leben, arbeiten und ihre Zukunft gestalten.

Münchens Universitäten bieten den Nährboden für die Technologien der Zukunft und schaffen aus Ideen innovative Unternehmen, aus denen sich eine spannende Start-up-Szene entwickelt. Gleichzeitig muss der Verdrängung kleinerer und mittlerer Betriebe, besonders aus dem Handwerk und dem Einzelhandel, unter anderem durch das Schaffen ausreichender Gewerbeflächen, Einhalt geboten werden. Nur so hat die Münchner Mischung weiterhin Bestand.

Die Wirtschaftsstruktur Münchens soll sich durch eine ausgewogene Mischung von Gewerbeflächen auszeichnen. Handwerksbetriebe sollen weiterhin Platz in zentralen Lagen haben und aktiv vor Verdrängung geschützt werden. Gleichzeitig sollen große Unternehmen ihre Standorte ausbauen können, um Arbeitsplätze und Innovationskraft in der Region zu halten. Gewerbehöfe sollen eine enge Verzahnung zwischen Wirtschaft und Stadtleben

schaffen, sodass Betriebe nicht an den Rand gedrängt werden, sondern integraler Bestandteil des urbanen Raums bleiben. Auch in Zukunft wird auf ausreichend Gewerbeflächen geachtet.

München soll eine attraktive und belebte Innenstadt mit starken Quartierszentren kombinieren. Der Einzelhandel soll gut erreichbar und strategisch gebündelt sein, sodass lokale Geschäfte florieren und die Menschen ihre Besorgungen wohnortnah erledigen können. Gleichzeitig soll die Innenstadt ein Anziehungspunkt für Shopping, Kultur und Gastronomie bleiben. Wir wollen dafür auch beim Ladenschluss alle Möglichkeiten für verkaufsoffene Sonntage sowie Sondergenehmigungen nutzen, um den Menschen mehr Möglichkeiten zu geben, sich auch nach 20 Uhr und sonntags mit Lebensmitteln und anderen Produkten zu versorgen.

Ein gutes Essen im vielseitigen gastronomischen Angebot soll ein beliebter Auftakt für einen gelungenen Abend in unserer Stadt sein. Das Nachtleben ist mehr als nur Freizeit - es ist ein bedeutender Teil urbaner Kultur, wirtschaftlicher Vielfalt und gelebter Freiheit. Gerade für junge Menschen, Kreative und internationale Fachkräfte ist ein vielfältiges, sicheres und zugängliches Nachtleben entscheidend für die Lebensqualität in der Stadt. Wir setzen uns daher für eine aktive Nachtkulturpolitik ein - mit fairen Regelungen im Lärmschutz, flexiblen Flächennutzungen, besseren Nachtverkehrsangeboten.

München soll führendes Innovationszentrum Europas werden und sich als Hochburg für Forschung, Technologie und nachhaltige Unternehmen etablieren. Start-ups sollen hier optimale Bedingungen vorfinden, um neue Ideen zu verwirklichen. Hochschulen und Unternehmen sollen eng zusammenarbeiten, um den Wissenstransfer zu fördern und zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln. Die Universitäten und Hochschulen der Stadt sind ein zentraler Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung und tragen maßgeblich zur Innovationskraft Münchens bei. Gleichzeitig muss München ein attraktiver Standort für die ansässigen Unternehmen bleiben, indem es die Rahmenbedingungen schafft, die sie für ihren Erfolg benötigen. So sollen z.B. weiter neue Gewerbeflächen ausgewiesen und die Gewerbesteuer nicht erhöht werden. Ziel ist es, die Gewerbesteuer zu senken. Durch die Stärkung von weiteren Standortfaktoren muss die Stadt dafür sorgen, dass qualifizierte Arbeitnehmer, auch aus dem Ausland auf Grund der englischsprachigen Verwaltung und mehrsprachiger Kinderbetreuung, gerne nach München kommen und hierherziehen, um in München zu arbeiten. Dazu zählen Maßnahmen für eine bessere KiTa- und Ganztagsbetreuung genauso wie ausreichender Wohnraum bis hin zu guter Infrastruktur zur Nutzung der Seen und Berge im Umland zum Wandern, Skifahren und Erholen.

Den Herausforderungen der Zukunft müssen alle Akteure in München gemeinsam begegnen. Dazu gehört eine enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Wir möchten Wirtschaftsunternehmen bestärken, auf freiwilliger Basis Verantwortung zu übernehmen und Initiativen für und mit Münchner und Münchnerinnen zu treiben.

6.2. Wirtschaft – B-Teil (Module)

Große Unternehmen durch gezielte Standortpolitik gewinnen

Die Stadt München soll gezielte Ansiedlungsangebote inklusive steuerlicher Anreize wie die Senkung der Gewerbesteuer, Infrastrukturentwicklung und Standortmarketing nutzen, um nationale und internationale Großunternehmen langfristig zu binden.

Städte wie Arlington/Virginia ziehen durch strukturierte Anreize („Business Attraction Management“) Unternehmen wie Amazon langfristig an und schaffen hochwertige Arbeitsplätze. Eine nachhaltige Standortstrategie sichert Innovationskraft und Finanzkraft der Kommune.

Durch das gezielte Marketing bei Firmen und eine attraktive Infrastruktur positioniert sich München als stabiler, wachstumsfreundlicher Standort – ohne Steuererhöhungen, mit klarer Zukunftsvision für junge wie etablierte Unternehmen.

Gewerbeflächen bei neuen Bebauungsplänen berücksichtigen

München braucht als Stadt vor allem mehr Wohnraum. Dennoch müssen für neue Quartiere auch genug Gewerbeflächen berücksichtigt werden. Und dies nicht nur für Nahversorger sondern auch für Handwerksbetriebe im Quartier.

Auch neue Quartiere brauchen genug Gewerbeflächen für Handwerksbetriebe. Nur so kann die Münchner Mischung nachhaltig bestehen bleiben. Gleichzeitig macht das auch die neuen Quartiere attraktiver, wenn die Autowerkstatt, der Heizungsbauer oder die Fahrradreparatur direkt um die Ecke sind.

Vernetzung der Wirtschaft und Wissenschaft auch städtisch fördern

Mit Projekten wie z.B. der UnternehmerTUM haben wir in München einzigartige und in Europa führende Vorbilder wie sich Wirtschaft und Wissenschaft wunderbar vernetzen und so Raum für neue wirtschaftliche Ideen schaffen.

Auch die Stadt München sollte daher prüfen, wie sie solchen Inkubatoren noch besser unterstützen kann. Sei es doch ausreichend Gewerbeflächen oder Möglichkeiten der Vernetzung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und (kommunaler) Politik. Nur so kann München auch weiterhin die attraktivste StartUp Region in Deutschland bleiben.

Ausschöpfen der Regelungen im Ladenschlussgesetz

Die Landeshauptstadt München muss die Regelungen im Ladenschlussgesetz so weit nutzen wie es rechtlich zulässig ist. Dies gilt für die volle Ausschöpfung der verkaufsoffenen Sonntage genauso wie die Regelungen zum Reisebedarf und Souvenir-Läden.

Auf Landesebene gehört das Ladenschlussgesetz liberalisiert und Öffnungszeiten nach 20 Uhr müssen generell ermöglicht werden. Dafür kann sich auch die Stadtspitze von München einsetzen. Solange das konservative Landesrecht ist, wie es ist, soll es aber gänzlich ausgeschöpft werden.

Innenstadt attraktiv gestalten mit charakturvoller Fußgängerzone

Die Fußgängerzonen Münchens sollen durch gezielte Gestaltung (z. B. Begrünung, Stadtmöbel, lokale Farben/Designs) noch besucherfreundlich werden.

Internationale Erfahrungen aus Portland oder Kopenhagen zeigen: Fußgängerzonen mit lokalem Flair, kuratierten Geschäften und Aufenthaltsqualität stärken Einzelhandel und Lebensgefühl.

So entstehen starke Quartierszentren mit vielfältigem Angebot und Aufenthaltsqualität – gute Bedingungen für kleine Händler, für Tourismus und für ein authentisches Stadtgefühl als Wirtschaftsfaktor.

7. Stadtgesellschaft

7.1. Stadtgesellschaft – A-Teil

Münchens Stadtgesellschaft soll sich weiter durch Offenheit und Zusammenhalt auszeichnen. Sie soll von den Prinzipien der Freiheit, Eigenverantwortung, Teilhabe und Toleranz geprägt sein. München soll ein Ort sein, an dem Menschen aller Generationen, Herkunft und Lebensentwürfe ihr Potenzial entfalten können.

München soll eine Stadt sein, in der Familie und Beruf problemlos miteinander vereinbar sind. Geburtskliniken müssen modern ausgestattet und gut erreichbar sein mit einer optimalen Versorgung für werdende Eltern. Jedes Kind soll spätestens ab dem ersten Lebensjahr einen passenden Betreuungsplatz in einer flexiblen und qualitativ hochwertigen Einrichtung haben. Familien sollen von einer breiten Auswahl an Betreuungsangeboten profitieren, egal ob städtisch oder privat. Eine Förderung der Betreuungsangebote soll für alle städtischen als auch privaten Betreuungseinrichtungen durch einen einheitlichen Betrag erfolgen. Dies soll ihnen individuelle Wahlfreiheit ermöglichen – von KiTas über Tageseltern bis hin zu innovativen Betreuungsmodellen. Das Angebot an Betreuungsmöglichkeiten darf jedoch nicht mit der Einschulung enden, sondern muss dann durch ausreichend Hort-Plätze nahtlos fortgeführt werden.

In München sollen Kinder und Jugendliche den Raum haben, den sie benötigen, um sich zu entwickeln und zu entfalten. Attraktive Spiel- und gepflegte Sportplätze motivieren Kinder und Jugendliche, sich an der frischen Luft ausreichend zu bewegen. Aber auch zum Abhängen sollen ausreichend verschiedene, auch konsumfreie Orte gezielt Jugendlichen Raum bieten.

München soll eine Hochburg des Breitensports sein mit modernen, offenen Sportanlagen, die für alle zugänglich sind. Auch E-Sport soll integraler Bestandteil des Münchner Sport-Angebots sein und München soll sich als wichtiger E-Sport-Standort in Deutschland etablieren. Vereine sollen gestärkt und durch unbürokratische Unterstützung gefördert werden. Auch der Profisport soll weiterhin über den Ligabetrieb und unsere erfolgreichen heimischen Mannschaften immer präsent sein. Ebenso soll München mit seinen modernen Sportstätten internationalen Wettbewerben sämtlicher Sportarten einen attraktiven Austragungsort bieten. Sportgroßevents – seien es die European Championships, E-Sport-Events oder NFL-Spiele – sollen fester Bestandteil Münchens sein. Nach einer positiven Bürgerbeteiligung soll sich München erfolgreich für Olympische Sommerspiele bewerben.

Parks und Freizeitanlagen sollen Bewegungs- und Erholungsräume für alle Generationen bieten. Die Stadt München soll ihren entspannten Umgang mit Cannabis-Konsum in der Stadt weiter umsetzen. Die Stadtteile sollen durch attraktive Kulturangebote belebt sein. Ein kulturelles Leuchtturmprojekt ist eine Kulturmeile zwischen Isarphilharmonie und Volkstheater mit einem neuen Konzertsaal - in Kooperation mit dem Freistaat Bayern - auf dem bisherigen Gelände der Großmarkthalle. Eine moderne Kulturförderung lädt kreative Köpfe ein, München als Bühne zu nutzen – unabhängig von Herkunft oder finanziellen Mitteln. Das sorgt für ein vielfältiges kulturelles Angebot. Kunst, Musik und Theater sollen als Kleinkunst, Hochkultur oder Großveranstaltung genossen werden können. Der ÖPNV soll rund um die Uhr für ein entspanntes An- und Abreisen zu den Veranstaltungen sorgen.

München soll sich als eine Stadt etablieren, die Vielfalt nicht nur toleriert, sondern als Bereicherung versteht. Menschen aus aller Welt haben hier ein Zuhause gefunden und sollen durch klare Integrationswege, schnelle Anerkennung von Abschlüssen und gezielte Sprachförderung aktiv in die Gesellschaft eingebunden werden. Digitale Plattformen sollen den Zugang zu Arbeit und Bildung erleichtern, und innovative Quartierskonzepte den sozialen Zusammenhalt fördern. Vereine, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen sollen eng zusammenarbeiten, um Teilhabe für alle zu gewährleisten.

Sowohl in Sportvereinen als auch in vielen weiteren Vereinen für Kultur und Gesellschaft engagieren sich die Münchnerinnen und Münchner ehrenamtlich. Sie leisten so einen großen Beitrag zur Gestaltung der Stadt und prägen die Stadtgesellschaft. Dies soll auch in Zukunft der Fall sein. Auch politisch engagieren sie sich ehrenamtlich im Stadtrat, einem Jugendstadtrat und den Bezirksausschüssen. Die Stadträte setzen den Rahmen für die Stadtverwaltung und beschäftigen sich mit der weiteren Gestaltung der Zukunft der Stadt. Die Bezirksausschüsse bilden die Schnittstelle zwischen Bürgern und Bürgerinnen, Institutionen, Vereinen und der Stadtverwaltung und finden entsprechende Beachtung.

Die Münchnerinnen und Münchner sollen sich sicher durch ihre Stadt bewegen – egal ob am Tag oder in der Nacht, dabei wird Wert auf eine hohe Sicherheit im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten gelegt. Präventive Maßnahmen und eine starke, bürgernahe Polizei sollen dazu beitragen, dass das Sicherheitsgefühl für Menschen aus aller Welt und in allen Stadtvierteln hoch ist. Problempunkte sollen identifiziert und aktiv angegangen werden. Dabei muss insbesondere der Schutz der Bürgerrechte großgeschrieben werden: Eine liberale

Politik stellt sicher, dass Freiheit und Sicherheit sich nicht widersprechen, sondern ergänzen. Daher befürworten wir etwa mehr Polizeipräsenz an Kriminalitätsschwerpunkten und Bahnhöfen, lehnen aber gleichzeitig Massenüberwachung, z.B. durch Videoüberwachung mit Gesichtserkennung, ab. Wir fordern die kontinuierliche Fortentwicklung der Schutzkonzepte für öffentliche Plätze und Fußgängerzonen. Auch im Krisen- und Katastrophenfall müssen die Münchnerinnen und Münchner gut geschützt und versorgt werden. Daher wollen wir den Bevölkerungsschutz verbessern, auch durch die Reaktivierung öffentlicher Zivilschutzräume.

Wir sehen den Schutz marginalisierter Gruppen als unsere oberste gesellschaftliche Pflicht an. München braucht bis 2035 eine gezielte Ausbauoffensive für Schutzräume marginalisierter Gruppen - menschenwürdig, bedarfsgerecht und integriert in eine vielfältige Stadtgesellschaft.

München soll eine Stadt sein, in der das Älterwerden mit Würde und Selbstbestimmung verbunden ist. Immer mehr ältere Menschen leben aber allein, fühlen sich in der Stadt unsicher oder sind im Alltag auf Unterstützung angewiesen – sei es beim Weg zum Amt, beim Verstehen von Fahrplänen oder beim Besuch kultureller Veranstaltungen. Gleichzeitig möchten viele Seniorinnen und Senioren aktiv bleiben und ihre Zeit sinnvoll einsetzen. Die digitale und die soziale Teilhabe älterer Menschen sollen daher gezielt mit Hilfe niederschwelliger Buddy-Programme gefördert werden.

Neue Wohnformen – von Mehrgenerationenhäusern bis zu smarten Pflege-WGs – sollen es Seniorinnen und Senioren ermöglichen, so lange wie möglich selbstbestimmt zu leben. Außerdem wollen wir den Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen aktiv vorantreiben und gemeinsam mit freien und privaten Trägern sowie der Pflegekasse gezielte Förderprogramme für solitäre Kurzzeitpflege schaffen. Um die nötigen Pflegekräfte zu gewinnen, sollen sie beste Arbeitsbedingungen haben und digitale Innovationen sollen sie in ihrem Arbeitsalltag entlasten.

7.2. Stadtgesellschaft – B-Teil (Module)

7.2.1. Familienfreundliches München

Priorisierung des KiTa-Platz-Ausbaus

Wir fordern, den schnellen und bedarfsgerechten Ausbau von Krippen- und KiTa-Plätzen klar zu priorisieren. Erst wenn der Bedarf vollständig gedeckt ist, können Mittel in eine beitragsfreie Kinderbetreuung investiert werden.

Die aktuellen Betreuungsplätze in München reichen bei Weitem nicht aus. In Zeiten knapper Kassen müssen klare Prioritäten gesetzt werden. Für uns hat die Schaffung eines Platzes für jedes Kind oberste Priorität vor dessen Beitragsfreiheit.

Ein Betreuungsplatz, den es nicht gibt, kann auch nicht beitragsfrei sein. Die finanzielle Entlastung der Eltern durch Gebührenfreiheit ist ein wichtiges langfristiges Ziel, darf aber nicht auf Kosten des dringend notwendigen und schnellen Ausbaus der Kapazitäten gehen.

Flexible KiTa-Zeiten für moderne Familien

Wir fordern eine Flexibilisierung der KiTa-Öffnungszeiten und des Betreuungsangebots, um der Lebenswirklichkeit von Münchner Eltern gerecht zu werden.

Die Arbeitswelt verändert sich stetig, und damit auch die Lebenswirklichkeit von Münchner Eltern. Die starren Öffnungszeiten vieler städtischer Einrichtungen passen oft nicht mehr zu den modernen und flexiblen Arbeitszeitmodellen von Familien.

Um ein möglichst flexibles Angebot zu schaffen, muss die Förderung privater KiTas so angepasst werden, dass starre Kernöffnungszeiten entfallen. Der Ausbau von Halbtagsbetreuung und “über Mittag”-KiTa-Plätzen gibt Eltern die Wahlfreiheit, die sie für ihren Alltag benötigen.

Gleiche Förderung für alle: Bildungsgutscheine für KiTas

Wir fordern die Einführung von Bildungsgutscheinen, um eine gleichberechtigte Förderung aller Kinder zu gewährleisten, unabhängig davon, ob sie eine städtische oder eine private KiTa besuchen.

Aufgrund des Betreuungsplatzmangels können es sich Eltern oft nicht aussuchen, wo ihr Kind unterkommt; sie nehmen den Platz, der frei ist. Daher ist es unfair, Kinder finanziell ungleich zu behandeln, nur weil sie in einer privaten Einrichtung betreut werden.

Bildungsgutscheine garantieren echte Wahlfreiheit und Fairness. Sie decken die Kosten der städtischen KiTas und fördern private Einrichtungen in gleicher Höhe. So wird sichergestellt, dass die Förderung dem Kind folgt, nicht der Einrichtung.

Fachkräftemangel in KiTas bekämpfen

Wir fordern ein Maßnahmenpaket gegen den Erziehermangel: Die Anerkennung ausländischer Qualifikationen muss beschleunigt und der Bau von Wohnheimen für Fachkräfte geprüft werden.

Der Mangel an Erzieherinnen und Erziehern ist eine der größten Bremsen beim KiTa-Ausbau. Eine bloße Erhöhung der München-Zulage reicht offensichtlich nicht aus, um genügend Fachkräfte für die Stadt zu gewinnen und zu halten.

Wir müssen pragmatische und bewährte Konzepte umsetzen. Dazu gehört die schnelle Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, um qualifiziertes Personal nicht durch Bürokratie zu verlieren, und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum wie in Wohnheimen.

Hortplatzausbau vorantreiben

Wir fordern eine massive Aufstockung der städtischen Mittel für den Hortplatzausbau, um den ab 2026 geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder fristgerecht zu erfüllen.

Um Eltern einen nahtlosen Übergang von der KiTa in die Grundschule zu ermöglichen, ist der Ausbau von Hortplätzen dringend notwendig. Die aktuellen Kapazitäten und die Pläne der Schulbauoffensive reichen dafür bei Weitem nicht aus.

Der Rechtsanspruch ist keine freiwillige Aufgabe, sondern eine gesetzliche Verpflichtung. Ab 2026 beginnt die stufenweise Einführung für Erstklässler. Die Stadt muss jetzt ambitioniert handeln, um nicht sehenden Auges in einen Betreuungsnotstand im Schulalter zu laufen.

Moderne Geburtskliniken

Wir fordern, dass die Stadt für eine moderne Ausstattung und gute Erreichbarkeit aller Geburtskliniken sorgt, um eine optimale Versorgung für werdende Eltern zu gewährleisten.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beginnt schon vor der Geburt. Eine exzellente medizinische Versorgung in gut ausgestatteten und erreichbaren Kliniken ist die Grundvoraussetzung, damit Familien in München einen guten und sicheren Start ins Leben haben.

In einer wachsenden Stadt wie München ist die Sicherung der geburtshilflichen Versorgung eine zentrale kommunale Aufgabe. Wir müssen die Kapazitäten erhalten und modernisieren, damit alle werdenden Eltern die bestmögliche Betreuung erfahren.

7.2.2. Jungendliches München

Räume für Kinder und Jugendliche

Wir fordern die Schaffung und den Erhalt von attraktiven Spiel- und Sportplätzen sowie von konsumfreien Orten, an denen Jugendliche sich treffen können.

Kinder und Jugendliche brauchen Raum, um sich zu entfalten. Gut ausgestattete Plätze motivieren sie, sich an der frischen Luft zu bewegen, was für ihre gesunde Entwicklung essenziell ist und die Lebensqualität in den Stadtvierteln steigert.

Gamification-App für Jugendliche

Wir fordern eine städtische Gamification-App, die Jugendliche dabei unterstützt, Kontakte zu knüpfen und die vielfältigen Jugendeinrichtungen und -angebote der Stadt spielerisch zu entdecken.

Die Zahl einsamer Jugendlicher nimmt auch in einer wohlhabenden Stadt wie München zu. Um diese Entwicklung zu stoppen, müssen wir zeitgemäße und präventive Wege gehen, die an die Lebenswelt der jungen Menschen anknüpfen.

Die App soll als digitaler Wegweiser dienen, der spielerisch Hürden abbaut und Jugendliche zu realen Treffpunkten und Angeboten führt. So wird der Weg von der digitalen Interaktion zur echten Begegnung in den städtischen Jugendeinrichtungen geebnet.

7.2.3. Sportstadt München

Sportstadt München: Von Breitensport bis Olympia

Wir fordern die konsequente Stärkung Münchens als Sport-Metropole durch die unbürokratische Förderung von Vereinen und die aktive Bewerbung um internationale Sportgroßevents.

München lebt vom Sport, sei es im Breiten- oder Profisport. Ein starkes Vereinsleben fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gesundheit. Dies wollen wir durch unbürokratische Unterstützung und moderne, offene Sportanlagen für alle sichern.

Internationale Wettbewerbe – von E-Sport-Events über NFL-Spiele bis hin zu Olympischen Spielen nach positiver Bürgerbeteiligung – positionieren München als weltoffene Metropole, schaffen wirtschaftliche Impulse und begeistern die Menschen für den Sport.

7.2.4. Kulturelles München

Eine Kulturmeile für München

Wir fordern die Realisierung einer Kulturmeile zwischen Isarphilharmonie und Volkstheater mit einem neuen, hochmodernen Konzertsaal auf dem Großmarktgelände.

Ein vielfältiges Kulturangebot belebt die Stadtteile und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein kulturelles Leuchtturmprojekt wie der neue Konzertsaal ist eine wichtige und nachhaltige Investition in die Zukunft Münchens als Kulturstadt von Weltrang.

Die Kooperation mit dem Freistaat Bayern bietet die einmalige Chance, dieses Projekt zu verwirklichen. Es wird kreative Köpfe anziehen und das kulturelle Angebot für alle Münchnerinnen und Münchner bereichern – von der Hochkultur bis zur freien Szene.

Kultur, die zukunftsfähig ist

Wir setzen uns für eine Kultur ein, welche bestmögliche Freiheit ohne Risiko staatlicher Einflussnahme hat. Hierfür muss ein neues Förderkonzept und neue Systeme geschaffen werden, die Abhängigkeiten politischer und wirtschaftlicher Interessen minimieren.

Bedingt durch die wirtschaftliche und strukturelle Abhängigkeit von der öffentlichen Hand sind Kulturbetriebe in ihrer Eigenständigkeit unverhältnismäßig eingeschränkt und auf die

Entscheidungen eines Organs angewiesen. Bereits wenige strukturelle Maßnahmen minimieren diesen Einfluss, ohne auf notwendige Eingriffsmöglichkeiten in dringenden Ausnahmefällen zu verzichten.

1. Förderstrukturelle Modernisierungen

Wir setzen uns für eine Förderung ein, welche die grundlegenden infrastrukturellen Maßnahmen für Kultur priorisiert fördert und nur in Ausnahmefällen Projektförderung gestattet. Hierzu gehört auch die Existenz von Veranstaltungsräumen auf Weltniveau.

Strukturelle Förderungen, welche letztendlich Kostenbereiche wie Raum-, Technikmiete und Personalkosten minimieren, kommen allen Beteiligten der Kulturszene zugute und beschränken die Möglichkeit einer priorisierten Förderung von Einzelprojekten, welche durch ihre Bedingungen die Ausdrucksfreiheit eindämmen können und von den Entscheidungen einer Jury abhängig sind. Dadurch wird der Verwaltungsaufwand auf beiden Seiten minimiert und die Eigenständigkeit von Kunst- und Kulturbetrieben sichergestellt.

2. Informationsstrukturelle Modernisierungen

Wir setzen uns für einen einfachen und gleichen Zugang zu Informationen der Kultur und kulturellen Zusammenarbeit ein. Dies soll insbesondere durch digitale Lösungen ermöglicht werden und auch die Symbiose von Kulturorganisationen, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern unterstützen.

Kultur ist eine Herausforderung an sich. Gerade aus diesem Grund ist es wichtig, dass Gruppen einfach Informationen über die Verfügbarkeit und die Konditionen von Räumen, Technik, Personal u.v.m. erhalten können. Dies kann z.B. durch eine von der Stadt betriebene Website erfolgen. Hierbei können auch Raumangebote durch Leerstand, Jobangebote u.v.m. beworben werden.

3. Betriebsstrukturelle Modernisierungen

Wir setzen uns für eine betriebliche Restrukturierung der öffentlich getragenen Kulturstätten ein, damit diese eine eigenverantwortliche wirtschaftliche Kalkulation durchführen können und den Bedarf auch an unregelmäßige Investitionen eigenständig priorisiert managen dürfen.

Durch die vorliegenden Gegebenheiten ist es in vielen Fällen weder sinnvoll noch möglich, dass Kulturorganisationen (auch nur in einzelnen Bereichen) schwarze Zahlen schreiben dürfen. Dies führt zu einer inflationären Nutzung öffentlicher Gelder, ohne dass diese zum eigentlichen Zweck eingesetzt werden. Nicht jede Überführung in privatwirtschaftliche Organisationen ist sinnvoll, aber ermöglicht einer Vielzahl von Organisationen den Ausstieg aus den Nachteilen einer z.B. kameralistischen Buchführung.

Kultur, die zugänglich ist

Wir setzen uns für eine zugängliche Kunst- und Kulturbranche ein.

Wer die soziale Unterstützung der öffentlichen Hand in Anspruch nimmt, muss auch soziale Leistungen der Allgemeinheit zur Verfügung stellen.

Dauerausstellungen von Einrichtungen, die durch Mittel der Stadt gefördert werden, müssen für Kinder und Jugendliche unter 18 kostenfrei zugänglich sein. Dauerausstellungen von Einrichtungen, die durch Mittel der Stadt gefördert werden und deren gesamte Kosten zu mehr als 60 % von der öffentlichen Hand übernommen werden, müssen zusätzlich für Vollzeitstudierende kostenfrei zugänglich sein. Bei Veranstaltungen muss durch eine Mischkalkulation mit unterschiedlichen Preiskategorien der Zugang für breite Bevölkerungsschichten möglich sein.

Eine einkommensabhängige Preisstruktur lehnen wir ab, da tatsächliche Einkünfte im Betriebsablauf nicht verifizierbar sind, anderweitige Sozialleistungen ein Budget für Kultur bereits beinhalten und daher eine weitere verdeckte Förderung kontraproduktiv bzw. Nicht rechens wäre.

Kultur, die barrierefrei ist

Wir setzen uns für einen barrierefreien Zugang zu allen kulturellen Einrichtungen ein.

Jede Person hat das Recht, auch den Vordereingang benutzen zu dürfen. Im Denkmalschutz müssen verhältnismäßige Lösungen geschaffen werden, die diesen Anspruch befriedigen.

Kultur, die sozial ist

Wir setzen uns für eine Kultur ein, die ihr Personal zu sozial erträglichen Konditionen beschäftigt.

Die öffentliche Hand kann sich nicht aus der Verantwortung sozialer Anstellungsbedingungen ziehen. Wir sind streng gegen Scheinselbstständigkeiten; auch in Betrieben, die eine Förderung durch die öffentliche Hand erhalten. Bei kulturellen Bildungseinrichtungen verlangen wir Jobangebote für Selbstständige, Festangestellte und Auszubildende zu sozial-angemessenen Konditionen, damit diese mit den jeweiligen Arbeitskonstellationen der Beschäftigten kompatibel sind.

Kultur, die vielseitig ist

Wir setzen uns für eine vielseitige Kulturlandschaft ein.

Strukturelle Förderungen ziehen wir beeinflussbaren Jury-Entscheidungen vor.

Einzelförderung darf nur in den Fällen existieren, in denen die strukturelle Förderung nicht (ausreichend) greift. Kulturangebote sind an verschiedene Altersgruppen und Interessen, die auch die Nachfrage der Gesellschaft berücksichtigen, zu richten. Diese Flexibilität ist auch bei Vergabeprozessen zu Entscheidungsträgerpositionen der Kulturbranche zu berücksichtigen.

Kultur, die rechnen kann

Wir setzen uns dafür ein, dass Kultureinrichtungen ein Mindestmaß an eigenwirtschaftlichen Ergebnissen erfüllen.

Kulturelle Einrichtungen, bei denen mehr als 30% ihrer Gesamtausgaben durch die öffentliche Hand getragen werden, müssen eine Mindestquote an Einnahmen vorweisen, welche bei kleinen Einrichtungen (unter 500.000 € Gesamtfördersumme) mindestens 20 % der Ausgaben und bei allen anderen Einrichtungen mindestens 30% der Ausgaben entspricht.

Kultur, die sich rechtfertigen kann

Wir setzen uns für eine Kultur ein, die ihre Existenz und ihren Förderbedarf gegenüber anderen Einrichtungen und Organisationen rechtfertigen kann.

Kulturelle Ausgaben müssen sich vor anderen Ausgabemöglichkeiten der Stadt rechtfertigen können. Hierfür müssen Anreize geschaffen werden, die die Entscheidungspersonen in den Einrichtungen dazu bewegen. Dafür möchten wir eine hybride Vergütungslösung für Entscheidungsträger kultureller Einrichtungen einrichten, welche aus einem Grundgehalt und einem erfolgsbasierten Bonus besteht. Diese muss im Vorhinein auf quantitativ feststellbaren und nicht durch die Einrichtung manipulierbaren Ergebnissen beruhen.

Diese Ergebnisse sollen die folgenden Faktoren berücksichtigen:

- Bei Ausstellungseinrichtungen wie Museen die Kundenzufriedenheit (z.B. NPS), die Deckungsquote der Betriebsausgaben durch Einnahmen, die Auslastung (Besucher) im Vergleich zu einer erwartbaren Vollausslastung.
- Bei Veranstaltungseinrichtungen wie Theatern die Kundenzufriedenheit (z.B. NPS), die Deckungsquote der Betriebsausgaben durch Einnahmen, die Auslastung (Zuschauer) im Vergleich zu einer Gesamtauslastung ohne Abzug von Plätzen mit Sichteinschränkungen.
- Bei Vermietungseinrichtungen wie Mehrzweckräumen die Kundenzufriedenheit (Mieter) (z.B. NPS), die Deckungsquote der Betriebsausgaben durch Einnahmen, die Auslastung der Vermietungstage (ausgenommen stille Feiertage).

7.2.5. Bunt es München

Integration als Chance

Wir fordern klare und schnelle Integrationswege durch gezielte Sprachförderung und die zügige Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufs- und Bildungsabschlüssen.

München ist eine weltoffene Stadt, deren Erfolg auch auf dem Zuzug von Menschen aus aller Welt beruht. Damit Teilhabe gelingt, müssen wir qualifizierten Fachkräften ermöglichen, ihr Potenzial schnell und unbürokratisch in unsere Gesellschaft einzubringen.

Vielfalt ist eine Bereicherung für unsere Stadtgesellschaft. Eine aktive und pragmatische Integrationspolitik, die auf Eigenverantwortung und Befähigung setzt, ist der Schlüssel für ein gelingendes Miteinander und den sozialen Zusammenhalt in allen Stadtteilen.

Personal in städtischen Einrichtungen zu LGBTIQ* schulen

Wir fordern verstärkte, verpflichtende Schulungen für das Personal in allen städtischen Einrichtungen, insbesondere in Kliniken und Rettungsdiensten, um für die Belange von LGBTIQ*-Menschen zu sensibilisieren.

Ein aktives Engagement gegen Diskriminierung ist unerlässlich. Um die Situation von LGBTIQ* Menschen zu verbessern, braucht es mehr als nur ein Bekenntnis zur Toleranz in unserer vielfältigen Stadtgesellschaft.

Gezielte Sensibilisierung des städtischen Personals sorgt dafür, dass sich kein Mensch aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität ausgegrenzt fühlt. Das ist ein wichtiger Schritt für eine inklusive Gesellschaft für alle.

LGBTIQ*-Beratungsangebote ausbauen

Wir fordern den Erhalt und den zielgerichteten Ausbau der Beratungs- und Begegnungsangebote für queere Menschen. Wichtige Ankerpunkte der Community wie Sub, LeZ, Letra, Aidshilfe und Diversity müssen nachhaltig gesichert werden.

Die LGBTIQ*-Community ist ein essenzieller Teil Münchens. Die Stadt ist für queere Menschen besonders attraktiv, was uns verpflichtet, diese Vielfalt aktiv zu fördern und die notwendige Infrastruktur bereitzustellen, die diese Community stützt.

Die bestehenden Zentren und Initiativen sind unverzichtbare Anlaufstellen. Sie bieten Beratung, Begegnung und sind Dachorganisationen, die das soziale Netz für viele LGBTIQ*-Personen bilden. Ihr Ausbau ist eine Investition in den sozialen Zusammenhalt.

Queer-feindliche Gewalt bekämpfen

Wir fordern eine bessere Sensibilisierung der Polizei durch regelmäßige Fortbildungen zum Thema LGBTIQ* Hasskriminalität sowie die Benennung eines festen Ansprechpartners für LGBTIQ*-Belange in jeder einzelnen Polizeidienststelle.

Der Schutz vor Anfeindungen ist zentral. Kenntnisse über queer-feindliche Hasskriminalität sind die Voraussetzung für das richtige Erkennen, Einordnen und Einleiten adäquater Maßnahmen durch die Polizei, um Betroffene wirksam zu schützen.

Opfer queer-feindlicher Gewalt benötigen kompetente Anlaufstellen wie die Beratungsstelle Strong. Ein fester Ansprechpartner bei der Polizei schafft zusätzliches Vertrauen und erleichtert es Betroffenen, Übergriffe zur Anzeige zu bringen.

Aufklärung zu LGBTIQ* in den Schulen

Wir fordern die Intensivierung der Aufklärungsarbeit zu LGBTIQ*-Themen an allen Münchner Schulen. Zudem sollen bestehende Angebote in der Stadt, wie die Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ*, Queeres Archiv (Forum Homosexualität und Geschichte), Initiativen für queere Geflüchtete und die Beratung von Regenbogenfamilien beworben werden.

Politische Maßnahmen zur Förderung von Diversität betreffen alle Menschen. Aufklärung in der Schule ist der Schlüssel, um Vorurteile abzubauen und sicherzustellen, dass kein Mensch aufgrund seiner Individualität ausgegrenzt oder angefeindet wird.

Die Wertschätzung selbstgewählter Lebensentwürfe und angeborener Identitäten muss früh vermittelt werden. Die Förderung von Akzeptanz in der Schule legt den Grundstein für eine tolerante und inklusive Gesellschaft, von der wir alle profitieren.

Keine städtischen Räume für Intoleranz

Wir fordern, dass die Stadt München bei der Vergabe und Bereitstellung von Räumen konsequent sicherstellt, dass keine Organisationen zugelassen werden, die frauen- oder queerfeindliche Einstellungen vertreten und verbreiten.

München ist eine offene Stadt. Wer städtische Ressourcen in Anspruch nehmen will, muss sich auch zu den Werten unserer inklusiven Gesellschaft bekennen. Die Duldung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit darf es hier nicht geben.

Unser Engagement gegen jede Form von Diskriminierung muss aktiv sein. Dazu gehört auch, Organisationen wie bestimmten Religionsgemeinschaften oder Sekten, die Intoleranz predigen, keine öffentliche Plattform mit städtischen Mitteln zu bieten.

Queere Events unterstützen

Wir fordern die uneingeschränkte Unterstützung für zentrale LGBTIQ*-Veranstaltungen wie den CSD, den Idahobit und den Candle Walk. Dies schließt explizit auch eine finanzielle Hilfe durch die Stadt für den CSD München mit ein, falls diese benötigt wird.

Diese Veranstaltungen sind für die Sichtbarkeit der Community essenziell und ein starkes Zeichen für die offene und tolerante Atmosphäre der Stadt. Unsere volle Unterstützung unterstreicht die Wertschätzung für die Vielfalt in München.

Über die finanzielle Hilfe hinaus ist die Unterstützung ein klares politisches Bekenntnis. Wir fordern damit aktiv Respekt für verschiedene sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten ein, der über das Motto „Leben und Leben lassen“ hinausgeht.

Solidarität in Aktion: Partnerschaft mit Be'er Sheva leben

Wir fordern, die Städtepartnerschaft mit dem besonders vom Terror betroffenen Be'er Sheva aktiv zu beleben. Die Stadt München soll, sobald es die Sicherheitslage zulässt, den Jugendaustausch gezielt fördern.

Städtepartnerschaften beweisen ihren wahren Wert in Krisenzeiten. Be'er Sheva liegt in der Region, die am 7. Oktober von der Hamas überfallen wurde. Es ist unsere Pflicht, gerade jetzt ein starkes Zeichen der Solidarität und Verbundenheit zu senden.

Der Austausch junger Menschen ist die beste Investition in eine friedliche Zukunft und in eine lebendige Partnerschaft. Die Stadt soll hierfür die nötigen Mittel bereitstellen, um die Brücken zwischen München und Be'er Sheva wieder aufzubauen und zu festigen.

Kein Platz für Antisemitismus: Jüdisches Leben schützen

Wir fordern, die Sicherheit für Jüdinnen und Juden sowie für jüdische Einrichtungen in München uneingeschränkt und dauerhaft zu gewährleisten. Der Schutz jüdischen Lebens in unserer Stadt ist nicht verhandelbar.

Die Terroranschläge der Hamas haben die Sicherheitslage für Jüdinnen und Juden auch in München massiv verschlechtert. Wenn Maccabi München den Spielbetrieb einstellen oder das Jüdische Museum Veranstaltungen absagen muss, ist das ein unhaltbarer Zustand.

Wir stehen in voller Solidarität an der Seite Israels und der jüdischen Gemeinschaft. Jüdisches Leben gehört zu München, Jüdinnen und Juden sind ein integraler Teil unserer Stadtgesellschaft. Ihre Sicherheit muss eine der höchsten Prioritäten der Stadtpolitik sein.

Gelebte Toleranz: Religionsfreiheit für alle schützen

Wir fordern den aktiven Schutz der Religionsfreiheit für alle Glaubensgemeinschaften in München. Die Stadt muss die Sicherheit religiöser Stätten und ihrer Mitglieder konsequent gewährleisten und ein klares Zeichen gegen Intoleranz setzen.

Die Freiheit, seinen Glauben frei und ohne Angst ausüben zu können, ist ein Grundpfeiler unserer offenen und liberalen Gesellschaft. München zeichnet sich durch seine Vielfalt aus, zu der auch die Vielfalt der Religionen und Weltanschauungen untrennbar dazugehört.

Dieser Schutz darf nicht selektiv sein, sondern muss für alle gelten – für Christen und Juden ebenso wie für Muslime, Buddhisten oder jede andere Glaubensgemeinschaft. Jede Form von religiös motiviertem Hass und Gewalt muss von der Stadtgesellschaft klar verurteilt und von den Behörden konsequent verfolgt werden.

7.2.6. Sicheres München

Freizeit mit Sicherheit

Wir setzen uns dafür ein, dass Freizeitflächen wie Parkanlagen sicherer werden und sich für alle Nutzer sicher anfühlen. Illegale Aktivitäten dürfen nicht zur Verdrängung berechtigter Nutzungsinteressen der Allgemeinheit führen. Sichere Freizeiträume sind die Grundvoraussetzung für eine funktionierende Freizeitkultur. Wenn sich Familien, Jugendliche oder ältere Menschen nicht mehr trauen, öffentliche Anlagen zu nutzen, verliert die Stadt einen wesentlichen Teil ihrer Lebensqualität. Deshalb möchten wir ausgewogene Sicherheitskonzepte einrichten, welche vorhandene und neue Sicherheitsmaßnahmen in Abwägung zu Risiko, Datenschutz und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Stadt bewerten. Dies kann durch verstärkte Polizeipräsenz, eine kompetente Sicherheitswacht, bauliche Anpassungen an den Anlagen oder vereinzelte Überwachung an neuralgischen Punkten erfolgen.

Sicherheit und Freiheit

Wir fordern mehr sichtbare Polizeipräsenz an Kriminalitätsschwerpunkten und lehnen gleichzeitig Massenüberwachung durch Technologien wie die Gesichtserkennung entschieden ab.

Die Münchnerinnen und Münchner sollen sich in ihrer Stadt Tag und Nacht sicher bewegen können. Präventive Maßnahmen und eine starke, bürgernahe Polizei tragen entscheidend zum hohen Sicherheitsgefühl in allen Stadtvierteln bei.

Der Schutz der Bürgerrechte hat für uns oberste Priorität. Eine liberale Politik stellt sicher, dass Sicherheitsmaßnahmen verhältnismäßig sind und die Freiheit des Einzelnen nicht unverhältnismäßig einschränken. Wir setzen auf gezielte Maßnahmen statt auf Generalverdacht.

7.2.7. Bevölkerungsschutz

Schutzräume reaktivieren

Wir fordern die Reaktivierung öffentlicher Zivilschutzräume sowie die systematische Ertüchtigung bestehender unterirdischer Anlagen wie U-Bahnhöfe oder Tiefgaragen, um die Bevölkerung im Krisen- und Katastrophenfall besser zu schützen.

Der Schutz und die Versorgung der Münchnerinnen und Münchner müssen auch im Ernstfall gewährleistet sein. Die Schaffung von ausreichend Schutzplätzen für die Zivilbevölkerung ist eine grundlegende Vorsorgemaßnahme, die in den letzten Jahren vernachlässigt wurde.

Bestehende unterirdische Infrastruktur wie U-Bahnhöfe, Unterführungen und Parkgaragen bietet ein enormes Potenzial. Ihre gezielte Ertüchtigung ist ein pragmatischer und

ressourcenschonender Weg, um die Schutz-Kapazitäten in der Stadt schnell und wirksam zu erhöhen.

Regelmäßige Übungen und Überprüfung der Aktionspläne

Wir fordern regelmäßige Überprüfungen der Aktionspläne zum Schutz kritischer Infrastruktur bei Blackouts sowie physischen und digitalen Angriffen. Zudem soll die Bevölkerung durch regelmäßige Übungen besser auf den Ernstfall vorbereitet werden.

Ein guter Plan ist die beste Vorsorge. Die Bedrohungslage für unsere Infrastruktur ist komplex und verändert sich stetig. Nur durch eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung der Notfallpläne kann sichergestellt werden, dass diese im Ernstfall auch funktionieren.

Die beste Vorbereitung nützt nichts, wenn die Bevölkerung nicht weiß, wie sie sich verhalten soll. Regelmäßige, niederschwellige Übungen an Schulen, in Betrieben und Behörden schaffen Routinen, erhöhen das Sicherheitsbewusstsein und stärken die Resilienz der gesamten Stadtgesellschaft.

7.2.8. München für Senioren

Würde im Alter

Wir fordern den gezielten Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen und die Förderung neuer Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser und Pflege-WGs.

Das Älterwerden muss in München mit Würde und Selbstbestimmung verbunden sein. Wir wollen Seniorinnen und Senioren ermöglichen, so lange wie möglich selbstbestimmt zu leben, auch wenn sie auf Unterstützung angewiesen sind.

Um die häusliche Pflege zu stärken und pflegende Angehörige zu entlasten, ist ein ausreichendes Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen unerlässlich. Innovative Wohnformen bieten zudem die Chance, soziale Teilhabe zu sichern und Einsamkeit im Alter vorzubeugen.

„Digital Buddies“- Programm

Wir fordern die Einführung eines niedrigschwelligen Peer-to-Peer-Programms „Digital Buddies“, um ältere Menschen gezielt beim Erwerb digitaler Kompetenzen zu unterstützen.

In einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft darf niemand zurückgelassen werden. Digitale Dienste, von der Terminvereinbarung im Bürgerbüro bis zu Gesundheits-Apps, sind heute Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Ältere Menschen laufen Gefahr, abgehängt zu werden.

Das „Digital Buddies“-Programm ermöglicht Hilfe auf Augenhöhe und fördert gleichzeitig das ehrenamtliche Engagement. Es stellt sicher, dass Seniorinnen und Senioren den

Anschluss nicht verlieren und selbstbestimmt die Vorteile der digitalen Welt für sich nutzen können.

Urban Assistant Guides

Wir fordern die Einführung des Projekts „Urban Assistant Guides“, um älteren Menschen durch freiwillige Begleitung im Alltag mehr soziale Teilhabe und Sicherheit im öffentlichen Raum zu ermöglichen.

Viele ältere Menschen fühlen sich im Alltag unsicher oder sind auf Unterstützung angewiesen, sei es bei Behördengängen oder beim Besuch von Veranstaltungen. Diese Hürden führen oft zu sozialem Rückzug und Einsamkeit.

Die „Urban Assistant Guides“ bieten eine pragmatische und menschliche Lösung. Die freiwillige Begleitung fördert die Selbstständigkeit und Orientierung älterer Menschen und stellt sicher, dass sie aktiv und sicher am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

7.2.9. Freizeit in München

Ehrenamt stärken, Engagement unbürokratisch fördern

Wir fordern eine unbürokratische und verlässliche Unterstützung für alle ehrenamtlich Engagierten und ihre Vereine, um das bürgerschaftliche Engagement in München zu sichern.

Das Ehrenamt ist das Fundament unserer Stadtgesellschaft. Ob im Sport, in der Kultur oder in sozialen Projekten – das freiwillige Engagement der Münchnerinnen und Münchner leistet einen unschätzbaren Beitrag zum Zusammenhalt und zur Lebensqualität in unserer Stadt.

Die Stadt muss dieses Engagement aktiv würdigen und fördern. Dazu gehört der Abbau von bürokratischen Hürden, die Bereitstellung von Räumlichkeiten und eine transparente, verlässliche finanzielle Unterstützung für die vielfältige Vereinslandschaft.

Freizeit mit Abwechslung

Wir setzen uns für ein vielfältiges Freizeitangebot ein, das sowohl gemeinschaftliche Räume für alle als auch geschützte Rückzugsräume für spezielle Gruppen bietet. Dabei soll die Nachfrage das Angebot regulieren und wo dies nicht ausreicht, sollen strukturelle Förderungen unter Abwägung wirtschaftlicher Möglichkeiten und sozialer Aspekte greifen. Ein funktionierendes Freizeitsystem braucht sowohl offene Begegnungsräume als auch spezialisierte Angebote für unterschiedliche Interessensgruppen. Während öffentliche Parks und Plätze der Allgemeinheit zur Verfügung stehen müssen, benötigen Jugendliche, Senioren oder Menschen mit besonderen Bedürfnissen auch geschützte Bereiche zur ungestörten Entfaltung. Marktmechanismen allein können ggf. nicht alle gesellschaftlich wichtigen Freizeitangebote aufrechterhalten, weshalb eine grundlegende strukturelle Förderung durch die Bereitstellung von Räumen und Infrastruktur notwendig sein kann.

Freizeit mit Nachhaltigkeit

Wir setzen uns für eine nachhaltige Freizeitpolitik ein, die vorhandene Anlagen bei positiver Nutzungsbilanz erhält und bei Neubauten auf langfristige Nutzungsmöglichkeiten für verschiedene Einrichtungen und Organisationen achtet. Nachhaltige Freizeitpolitik bedeutet, Ressourcen verantwortungsvoll einzusetzen und langfristig zu denken. Gut funktionierende Freizeiteinrichtungen sollten nicht vorschnell aufgegeben werden, sondern bei positiver Nutzungsbilanz erhalten und modernisiert werden. Bei Neubauten muss von vornherein die Flexibilität für verschiedene Nutzungen durch Schulen, Sportvereine, Kulturgruppen und andere Organisationen mitgedacht werden. So entstehen multifunktionale Räume, die effizienter genutzt werden können und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zugutekommen.

Freizeit mit Freiheit

Wir setzen uns für die freie Ausübung von Freizeitbeschäftigungen als zentralen Bestandteil der menschlichen Freiheit ein. Allen sollen gleiche Zugänge gegeben werden, die das Ausprobieren neuer Aktivitäten ermöglichen. Bei mündigen Erwachsenen ist das eingegangene Risiko in der Freizeit eine eigene Entscheidung, sofern dadurch andere nicht unverhältnismäßig belastet werden. Die freie Wahl der Freizeitgestaltung ist ein wichtiger Aspekt persönlicher Freiheit und Selbstverwirklichung. Die Stadt soll dabei als Informations- und Vermittlungsplattform agieren und auf Programme und Möglichkeiten hinweisen, ohne bestimmte Aktivitäten zu bevorzugen oder zu benachteiligen. Eigenverantwortliche Risikoeinschätzung gehört zur persönlichen Freiheit mündiger Bürgerinnen und Bürger. Pauschale Verbote von Freizeitaktivitäten, bei denen hauptsächlich die Ausübenden selbst das Risiko tragen, widersprechen dem Prinzip der Selbstbestimmung. Die Stadt sollte stattdessen über Risiken informieren und gegebenenfalls Sicherheitsvorkehrungen treffen, die andere Nutzer oder die Allgemeinheit schützen. Menschen, die ihre perfekte Freizeitbeschäftigung gefunden haben, engagieren sich oft ehrenamtlich und leisten wirtschaftliche Beiträge, wodurch eine unabhängige und nachhaltig funktionierende Freizeitkultur entsteht. Diese Eigeninitiative gilt es zu fördern und zu unterstützen.

7.2.10. Soziales München

Housing First

Um Obdachlosigkeit entgegenzuwirken, muss Housing First als Prinzip konsequent umgesetzt und müssen Wohnungen ohne Vorbedingungen zur Verfügung gestellt werden.

Obdachlose Menschen benötigen, um die vielfältigen Probleme und Schwierigkeiten, denen sie sich ausgesetzt sehen, entgegenwirken zu können, zuallererst eine eigene Wohnung, die ihnen den Schutz bietet, sich um andere Probleme wie Sucht, Arbeitslosigkeit oder eine angeschlagene Gesundheit zu kümmern.

Das Prinzip hat sich zum Beispiel in Finnland oder zuletzt auch in Rheinland-Pfalz als äußerst effektiv erwiesen.

Konsumräume für Kontaktaufnahme und Hilfe einrichten

München soll Drogenkonsumräume einrichten, um öffentlichen Konsum zu reduzieren und gesundheitliche sowie soziale Hilfeangebote zugänglich zu machen.

Städte wie Frankfurt und Vancouver zeigen: Konsumräume senken Infektionsraten, verhindern Todesfälle und entlasten öffentliche Plätze. Spritzenfunde und Unsicherheitsgefühl in Parks und Bahnhöfen nehmen messbar ab.

Solche Räume ermöglichen hygienischen Konsum unter medizinischer Aufsicht und bieten direkte Beratung. Damit schützen sie sowohl Süchtige als auch die Stadtgesellschaft – ein humaner und realistischer Lösungsansatz.

Ausbauoffensive für Safe Spaces

Wir fordern den bedarfsgerechten Ausbau und die verlässliche Finanzierung von Schutzräumen und „Safe Spaces“ für alle von Gewalt und Diskriminierung bedrohten Gruppen, unter anderem für Frauen, queere Menschen und PoC.

Eine offene und freie Stadtgesellschaft hat die Pflicht, ihre Mitglieder aktiv vor Anfeindungen und Gewalt zu schützen. Schutzräume wie Frauenhäuser oder Anlaufstellen für queere Menschen und People of Color sind überlebenswichtige Rückzugsorte.

Diese Einrichtungen bieten nicht nur Sicherheit, sondern auch Beratung, Empowerment und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Stadt muss ihre Verantwortung wahrnehmen und durch eine stabile Finanzierung sicherstellen, dass diese unverzichtbaren Angebote langfristig bestehen und ausgebaut werden können.

8. Verwaltung

8.1. Verwaltung – A-Teil

München soll Vorreiter einer bürgernahen, effizienten und digitalisierten Verwaltung werden, die die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt. Die Stadt muss es schaffen, durch konsequente Digitalisierung und kluge finanzielle Prioritätensetzung eine Verwaltung zu etablieren, die sowohl serviceorientiert als auch ressourcenschonend agiert. Diese Maßnahmen und der Fokus auf transparente Prozesse stärken das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und erhöhen die Lebensqualität in der Stadt maßgeblich.

Gleichzeitig sollen auch die Organisationsstrukturen gestrafft werden und effektiver und weniger kleinteilig organisiert sein, wie z.B. durch eine Reform der Bezirke.

Die Münchnerinnen und Münchner sollen sämtliche Behördengänge bequem von zu Hause oder unterwegs erledigen können. Dank einer umfassenden E-Government-Strategie sollen alle Dienstleistungen online verfügbar sein, was den Bürgerinnen und Bürgern Zeit und Aufwand erspart. Für Übersichtlichkeit soll ein KI-gestützter Chatbot sorgen, der bereits beim ersten Kontakt und während des gesamten Verwaltungsprozesses unterstützt. Gleichzeitig soll im Sinne der Barrierefreiheit älteren oder weniger technikaffinen Menschen aber auch nach wie vor ein persönlicher Ansprechpartner, sei es per Telefon oder auf dem Amt, zur Verfügung stehen. Der Aufbau der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bürgern als One-Stop-Shop soll es ermöglichen, alle für ein bestimmtes Ziel – wie die Beantragung eines neuen Passes oder den Bau eines Hauses – nötigen Schritte in einem einzigen gebündelten Prozess abzuwickeln. Auch Verwaltungsintern soll eine alle Referate übergreifende KI-Anwendung dafür sorgen, dass die Effizienz der Verwaltung erheblich gesteigert wird.

Eine kluge Haushaltsführung ist essenziell, um langfristig finanzielle Stabilität zu gewährleisten. Durch die regelmäßige Überprüfung und Priorisierung von Ausgaben können unnötige Bürokratie abgebaut und Mittel gezielt in Projekte investiert werden, die den größten Mehrwert für die Stadtgesellschaft bieten, anstelle kostenintensiver Komfortlösungen mit nur temporären Vorteilen. Dies kann beispielsweise durch die Einführung einer finanziellen Nachhaltigkeitssatzung und die Bewertung aller Projekte hinsichtlich der Kosten durch Umrechnung auf die Grundsteuer nach dem Beispiel von Taunusstein erfolgen. Für uns sind solide Staatsfinanzen, und damit auch kommunale Finanzen, die Grundlage für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand. Doch auch die Aufgabenlast für die städtischen Angestellten muss durch die Priorisierung von Projekten und den Abbau von unnötiger Bürokratie gesenkt und so die Zufriedenheit und Motivation der städtischen Angestellten erhöht werden.

Die Verwaltung Münchens soll sich durch eine hohe Transparenz auszeichnen. Bürgerinnen und Bürger müssen jederzeit Einblick in Entscheidungsprozesse und Haushaltsplanungen haben. Eine digitale Plattform soll es ihnen neben umfänglichem und kostenlosem Einblick in sämtliche Dokumente (ohne Personenbezug etc.) ermöglichen, aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt mitzuwirken und Feedback zu geben. Auch hierzu kann KI hilfreich eingesetzt werden. Dieses partizipative Modell stärkt das Vertrauen in die Verwaltung und fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Stadt soll kontinuierlich in innovative Technologien investieren, um den Service für die Bürgerinnen und Bürger stetig zu verbessern und München als attraktiven Standort für Unternehmen und Fachkräfte zu positionieren. Dazu gehört auch eine mehrsprachige, mindestens englischsprachige Verwaltung. Durch KI Sprachmodelle werden Übersetzungen für Bürgerinnen und Bürger wie auch die Verwaltung immer einfacher.

8.2. Verwaltung – B-Teil (Module)

8.2.1. Bürgernähe

Digitales Bürgeramt: Alle Behördengänge von zu Hause

Wir fordern eine E-Government-Strategie, die alle Dienstleistungen online verfügbar macht. Ein KI-Chatbot und ein "One-Stop-Shop"-Prinzip sollen Bürger durch gebündelte Prozesse führen, während der persönliche Kontakt als Option erhalten bleibt. Entscheidend ist dabei, dass die Prozesse innerhalb der Behörde tatsächlich digitalisiert werden und nicht nach einer Eingabe-Maske die heutigen Papierprozesse fortgeführt werden. Die dadurch freiwerdenden Kapazitäten sollen konsequent für die persönliche Betreuung, z.B. von weniger technik-affinen Menschen genutzt werden.

Münchnerinnen und Münchner sollen sämtliche Behördengänge bequem von zu Hause oder unterwegs erledigen können. Eine konsequente Digitalisierung stellt die Bedürfnisse der Bürger in den Mittelpunkt, spart Zeit sowie Aufwand und steigert die Lebensqualität in der Stadt.

Im Sinne der Barrierefreiheit müssen für ältere oder weniger technikaffine Menschen persönliche Ansprechpartner per Telefon oder im Amt verfügbar bleiben. So wird die Verwaltung für alle serviceorientiert und bürgernah, egal ob digital oder analog.

Transparenz mit Hilfe einer digitalen Plattform

Wir fordern eine digitale Plattform, die Bürgern jederzeit umfänglichen und kostenlosen Einblick in alle (nicht personenbezogenen) Verwaltungsdokumente und Haushaltsplanungen gibt. Feedback- und Beteiligungsfunktionen sollen integriert werden.

Die Verwaltung Münchens soll sich durch eine hohe Transparenz auszeichnen. Bürgerinnen und Bürger müssen Einblick in Entscheidungsprozesse haben, um Vertrauen in die Verwaltung zu fassen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Stadt zu fördern.

Dieses partizipative Modell ermöglicht es den Münchnern, aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt mitzuwirken. KI kann dabei helfen, die Datenmengen aufzubereiten und Feedback effizient in die Prozesse der Verwaltung zu integrieren, was das Vertrauen zusätzlich stärkt.

Mehrsprachige Verwaltung für München

Wir fordern, dass die Münchner Verwaltung konsequent mehrsprachig, mindestens aber auf Englisch, agiert. KI-Sprachmodelle sollen genutzt werden, um Übersetzungen für Bürger und Verwaltung einfach und kostengünstig bereitzustellen.

Um München als attraktiven Standort für Unternehmen und internationale Fachkräfte zu positionieren, ist eine englischsprachige Kommunikation mit der Verwaltung eine grundlegende Voraussetzung.

Die Stadt soll kontinuierlich in innovative Technologien investieren, um den Service stetig zu verbessern. KI-Sprachmodelle machen Mehrsprachigkeit so einfach wie nie zuvor und fördern die Integration und Bürgernähe in einer internationalen Stadt wie München.

8.2.2. Personal

Weniger Verbeamtung

Wir fordern, die Verbeamtung auf die absolut notwendigen hoheitlichen Kernaufgaben der Verwaltung zu beschränken. Neueinstellungen sollen grundsätzlich in regulären Angestelltenverhältnissen nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Diensts (TVöD) erfolgen.

Eine moderne Verwaltung muss flexibel auf neue Herausforderungen reagieren können. Ein hoher Anteil an Verbeamteten führt zu starren Personalstrukturen und erschwert einen an den tatsächlichen Bedarf angepassten Personaleinsatz. Wir wollen einen agilen öffentlichen Dienst.

Die lebenslange Pensionslast durch Verbeamtungen ist eine immense Bürde für den städtischen Haushalt und künftige Generationen. Ein System, das vorrangig auf Angestelltenverhältnissen basiert, ist nicht nur finanziell nachhaltiger, sondern auch fairer und zeitgemäßer.

Verwaltung für Absolventen aller Hochschulen öffnen

Die Stadtverwaltung München muss künftig auch Absolventen von Hochschulen ohne Kooperationsverträge gleichwertig berücksichtigen. Fachliche Eignung darf nicht von formalen Hochschulpartnerschaften abhängig gemacht werden.

Der aktuelle Ausschluss qualifizierter Absolventinnen und Absolventen ohne Kooperationshochschule ist leistungsfeindlich und schränkt den Zugang zum öffentlichen Dienst unnötig ein. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels muss die Verwaltung durchlässig und chancengerecht aufgestellt sein.

Durch die Öffnung gegenüber allen Hochschulabschlüssen gewinnt die Stadt Zugang zu vielfältigem Wissen und neuen Perspektiven. Ein inklusiveres Auswahlverfahren erhöht die Qualität der Bewerberinnen und Bewerber, beseitigt Wettbewerbsverzerrungen und stärkt die Innovationsfähigkeit der Verwaltung.

Aufgabenübertragung auf Beliehene ermöglichen

Die Stadt München soll verstärkt Aufgaben an externe Dienstleister übertragen. Dafür sollen geeignete Unternehmen als Beliehene mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattet werden.

Die kommunale Verwaltung stößt zunehmend an Kapazitätsgrenzen. Durch die gezielte Übertragung klar abgegrenzter Aufgaben auf qualifizierte Dritte kann sie effizienter arbeiten und sich auf strategisch zentrale Aufgaben konzentrieren.

Das Modell der Beliehenen ermöglicht es, externe Anbieter rechtssicher mit hoheitlichen

Befugnissen auszustatten. Beispiele aus anderen Kommunen zeigen, dass so Genehmigungsverfahren beschleunigt, Personalengpässe kompensiert und Kosten reduziert werden können – bei gleichbleibender Rechtssicherheit.

Freiwerdende Stellen rechtzeitig nachbesetzen

Angesichts der bevorstehenden Verrentung und Versetzung in den Ruhestand vieler Babyboomer müssen alle freiwerdenden Stellen, nach eingehender Prüfung auf Notwendigkeit, in der Stadtverwaltung zeitnah und vollständig nachbesetzt werden.

Die Stadtverwaltung steht vor einem strukturellen Personalabgang in bisher unbekanntem Ausmaß. Wird dieser nicht aktiv durch rechtzeitige Nachbesetzungen aufgefangen, droht der Verlust von Wissen, Effizienz und die Gefährdung der Erfüllung kommunaler Pflichtaufgaben.

Ein struktureller Stellenabbau durch bloßes Nichtnachbesetzen ist keine Sparmaßnahme, sondern gefährdet die Funktionsfähigkeit der Verwaltung. München braucht deshalb eine nachhaltige Personalstrategie, die den Generationenwechsel aktiv gestaltet und Fachkräfte frühzeitig an die Stadt bindet.

8.2.3. Organisation

KI für eine effiziente Verwaltung

Wir fordern die Einführung einer referatsübergreifenden KI-Anwendung für die interne Verwaltungsarbeit. Ziel ist die Steigerung der Effizienz, die Beschleunigung von Prozessen und der Abbau von unnötiger Bürokratie.

Eine ressourcenschonende und serviceorientierte Verwaltung muss auch intern modern aufgestellt sein. Eine KI-Anwendung kann dabei helfen, die Effektivität der internen Abläufe zu erhöhen.

Der interne Abbau von Bürokratie senkt auch die Aufgabenlast für die städtischen Angestellten. Dies erhöht nicht nur die Effizienz, sondern auch die Zufriedenheit und Motivation der Mitarbeitenden in der Verwaltung.

Straffung der Organisationsstrukturen

Wir fordern eine grundlegende Straffung der städtischen Organisationsstrukturen. Die Verwaltung muss effektiver und weniger kleinteilig organisiert werden, was beispielsweise durch eine umfassende Reform der Bezirke erreicht werden kann.

Eine moderne und effiziente Verwaltung braucht klare und effektive Strukturen. Übermäßig kleinteilige Organisationseinheiten führen zu unnötiger Bürokratie, verlangsamen Prozesse und sind nicht ressourcenschonend oder bürgernah.

Die Bündelung von Aufgaben und eine klarere Struktur stärken nicht nur die Effizienz nach innen, sondern verbessern auch den Service für die Bürger. So wird München zu einem Vorreiter einer bürgernahen und schlagkräftigen Verwaltung.

Verwaltungsmodernisierung durch New Public Management

Die Prinzipien des New Public Managements sollen verbindlich für die gesamte Stadtverwaltung München gelten. Effizienz, Zielorientierung und Bürgernähe müssen künftig Grundlage aller Verwaltungsentscheidungen sein.

Die Verwaltung muss sich konsequent an betriebswirtschaftlichen Prinzipien orientieren, um effizient, kostenbewusst und ergebnisorientiert zu handeln. Zielvereinbarungen, Controlling und Verantwortungsstrukturen schaffen Klarheit und Leistungsfähigkeit in allen Bereichen. Ein verpflichtendes New Public Management erhöht nicht nur die Effektivität der Verwaltung, sondern stärkt auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Die Stadt wird so zu einem lernenden System, das sich kontinuierlich verbessern kann – eine Grundvoraussetzung für nachhaltige und zukunftsste Politk.

Smart City – Smarte Infrastruktur in Stadtquartieren

München setzt in Neubauquartieren wie Freiham oder Riem smarte Müll-, Energie- und Wassersensoren ein. So werden Ressourcen geschont, Abläufe effizienter und Kosten reduziert, während praxisnahe, datenschutzfreundliche Lösungen für Investoren und Eigentümer entstehen.

Smarte Sensoren erfassen Müllvolumen, Energie- und Wasserverbrauch in Echtzeit. So lassen sich Entsorgung, Versorgung und Verbrauch effizient steuern, Leerfahrten vermeiden, Betriebskosten senken und CO₂-Emissionen reduzieren – ohne, dass Bürger oder Eigentümer überwacht werden.

Eine liberale Smart City erleichtert privaten Bauträgern und Investoren Planung und Betrieb: Smarte Quartiersinfrastruktur macht Abläufe vorhersehbar, reduziert Störungen und Verzögerungen, senkt Kosten und schafft verlässliche Planungssicherheit – praxisnah, datenschutzfreundlich und eigenverantwortlich.

8.2.4. Finanzen

Finanzielle Bewertung und Priorisierung aller Projekte

Wir fordern eine finanzielle Nachhaltigkeitssatzung und die transparente Bewertung aller Projekte nach dem Vorbild von Taunusstein durch die Kostenumrechnung auf die Grundsteuer. Ausgaben sollen regelmäßig überprüft und klar priorisiert werden.

Solide kommunale Finanzen sind die Grundlage für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand. Mittel müssen gezielt in Projekte mit dem größten Mehrwert für die Stadtgesellschaft investiert werden.

Die transparente Bewertung aller Projekte hinsichtlich der Kosten ermöglicht eine politische Auseinandersetzung und Bewertung in der Stadtgesellschaft und belebt so den demokratischen Entscheidungsprozess.